



TEILE UND HERRSCHE

Es hat eine lange Tradition, Hass und Spaltung zu verbreiten, um die Menschen gegeneinander zu hetzen, statt dass sie sich vereint gegen die wenden, die ihnen das Leben immer schwerer machen.

07 Nähern wir uns der Lohngleichheit?

Von „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ sind wir noch weit weg

10 „Dafür ist mein Vater nicht gestorben“

Die Arbeiterklasse in der Ukraine kann den Krieg nicht gewinnen

18 Was für Betriebsräte brauchen wir?

Rechte Listen sind eine Ergebnis von Frust und Sorgen

6 Spaltung von Links - der CIA gefällt das 8 Wegen Protest gegen Regelanfrage - Verfassungsschutz kagt Abgeordneten an 10 Palantir: Komplettüberwachung im Namen der Gefahrenabwehr 14 US-Imperialismus: Hände weg von Venezuela! 15 Es braucht eine Kampfansage an die Tarifgemeinschaft der Länder! 18 Bosch: Gegen Kahlschlag hilft nur Kampf!



TEILE UND HERRSCHE

Merz Stadtbild-Debatte ist nicht neu. Wann immer es Krisen gab, viele Menschen unzufrieden waren, wurde zum Mittel der Spaltung und Hetze gegriffen.

Als Ende der 80er und Anfang der 90er nach dem Anschluss der DDR viele Menschen ihre Arbeit verloren und verarmten, die Unzufriedenheit rasch anstieg, da titelte „BILD“:

„Asylanten jetzt auf Schulhöfe – Neue Welle! Und bis Weihnachten kommen noch 40.000.“

„Wohnraum beschlagnahmt. Familie muss Asylanten aufnehmen.“

Als 1992 die Stürmung eines Flüchtlingswohnheimes in Rostock-Lichtenhagen, der Brandanschlag von Mölln mit drei Todesopfern und einigen Schwerverletzten sowie viele weitere Anschläge und Mordaktionen folgten, wirkte der gesäte Hass. Statt sich gegen die Verursacher der Arbeitslosigkeit, des Kahlschlages zu wehren, präsentierte man den Menschen einen „Feind“. Die CDU/CSU führte ihre Wahlkämpfe nicht gegen diese Mordanschläge, sondern gegen die „Ausländer“, die „Asylanten“. Martin Hohmann, Nachfolger von Alfred Dregger im Deutschen Bundestag, Ostpreuße, Ex-BKA-Beamter und Fallschirmjäger forderte: „Befreit euch endlich von dem aberwitzigen Schuldwahn. Erkennt doch, daß wir Deutsche in diesem Jahrhundert mindestens ebenso Opfer wie Täter waren.“ Die doppelte Staatsbürgerschaft erklärte er zum Untergang des deutschen Volkes. „Wenn das klappen würde, wenn wir ihnen das durchgehen lassen, dann wäre das praktisch jetzt am 27. September 98 die letzte freie Wahl in dem Sinne gewesen, daß der Souverän deutsches Volk entschieden hat.“ Und der hessische CDU-Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Irmer: „Ich sage Ihnen

ganz offen: Ich habe die große Befürchtung, wenn die Entwicklung in Deutschland so weitergeht, daß wir eines Tages, den wir beide sicherlich erleben werden, möglicherweise, was ich nicht hoffe, aber fürchte, bürgerkriegsähnliche Zustände bekommen, weil es um Verteilungskämpfe geht.“ In NRW führte Jürgen Rüttgers den Wahlkampf mit der Parole „Kinder statt Inder!“

Natürlich hätte er auch mehr Kinderkrippen und Kindergärten, bessere Schulen, Jugendhäuser fordern können. Doch das hätte Geld gekostet. Die Parole „Kinder statt Inder!“ war kostenlos und lenkte die Unzufriedenheit und Wut weg von den Verantwortlichen.

Auch bei der Rente gibt es eine lange Tradition, alt gegen jung auszuspielen. Mal war die Jugend zu faul, mal bekamen die Rentner zu viel. So wurde beispielsweise 1992 nach vorhergegangener Kampagne eine „Rentenreform“ beschlossen: Rentenerhöhungen werden seither nur noch nach dem Nettolohn berechnet. Da die Beiträge aber vom Bruttolohn abgezogen werden, bedeutet das eine mit den Jahren fortschreitende Senkung der Renten und einen Betrug an den Beitragszahlern. Gleichzeitig wurde die Altersgrenze erhöht und Rentenabschläge eingeführt. 2001 kam es zur Einführung der Riester-Rente, also einer privaten Rentenversicherung, nachdem man zuvor wieder die Renten gekürzt hatte. Das Perverse ist dabei, dass die Riester-Rente trotz staatlicher Förderung weniger Ertrag bringt als eine normale private Rentenversicherung. So ging es schrittweise weiter. „Rentenreformen“ folgten

im Abstand von ein, zwei, drei Jahren, insgesamt über 20 seit 1990. Und jedes Mal wurde die Spaltung alt gegen jung ins Spiel gebracht. Desgleichen wird bei Bürgergeld bzw. Grundsicherung immer wieder Hass und Neid gegen die Betroffenen geschürt. Zwei Jahre haben sie trotz einer Inflation 2023 und 2024 von über 8 % keine Erhöhung erhalten. Regelmäßig wird über die faulen Empfänger der Grundsicherung berichtet, dabei sind von den 5,4 Millionen Bürgergeldempfängern unter 3 % sogenannte Totalverweigerer. Das 1,4 Millionen nicht erwerbsfähig sind, weil es sich zumeist um Kinder handelt und 2,2 Millionen Kinder betreuen, Angehörige pflegen oder selbst krank sind, fällt unter den Tisch.

Es hat also eine lange Tradition, Hass und Spaltung zu verbreiten, um die Menschen gegeneinander zu hetzen, statt dass sie sich vereint gegen die wenden, die ihnen das Leben immer schwerer machen.

Bewährtes Mittel: Spalte und herrsche!

So ist es auch jetzt! Die Regierung fährt gerade die schlimmsten Angriffe auf Sozialleistungen, Renten, Arbeitsbedingungen und Bildung. Die Kommunen bekommen immer mehr Aufgaben und gleichzeitig immer weniger Geld. Das größte Aufrüstungsprogramm läuft zu Lasten der Sozialausgaben, der Bildung usw. Die Unzufriedenheit mit der CDU/CSU-SPD-Koalition steigt.

Und genau in diesem Moment tritt Bundeskanzler Friedrich Merz die Stadtbild-Debatte los, die in Wirklichkeit eine Spaltungsdebatte ist. Das Motto: „Die Ausländer sind schuld!“. Die Asylgesetze werden zum soundsovielten Mal verschärft. Und damit die Hetze und Spaltung auch wirklich wirkt, wird auch gegen die Bürgergeldempfänger gehetzt. Selbstverständlich kosten auch die Rentner „zu viel“. Je mehr Hetze und Spaltung, desto besser für die Herrschenden.

Niemand hätte etwas dagegen, wenn die Koalition das „Stadtbild“ verbessern würde. Sie könnte ausreichend Wohnraum schaffen und Obdachlose von der Straße holen. Sie könnte soziale und kulturelle Angebote für Kinder und Jugendliche fördern, damit diese nicht perspektivlos herumhängen. Sie könnte marode Schulen sanieren oder mehr Jugendhäuser zur Verfügung stellen. Doch all das kostet viel Geld. Hetze und Spaltung kosten nichts. Und das Geld gibt die Regierung für Subventionen an die Industrie (wie Strompreis) und für Rüstung für höhere Profite der Rüstungsmonopole aus. Statt das Stadtbild zu verbessern, wird überall gekürzt – außer bei der Rüstung.

Unsere Antwort: Gemeinsam sind wir stark!

Angesichts der weltweiten Entwicklung, der zunehmenden Konkurrenz zwischen den Großmächten, dem Kampf um Märkte und Rohstoffe und der zunehmenden Kriegsgefahr will das deutsche Kapital und seine Regierung in diesem Kampf mithalten. Deshalb kürzen sie im Sozialen! Deshalb rüsten sie auf. Sie wollen im internationalen Kampf um die Aufteilung der Welt stark sein und mitspielen können. Daher haben sie auch immer weniger Spielraum für Soziales. Sie müssen weiter kürzen und sparen – natürlich nur bei der Arbeiterklasse und dem Volk. Um diesen Weg ungestört gehen zu können, werden sie weiterhin auf ihr bewährtes Mittel setzen: Hass und Spaltung! Die Entwicklung nach rechts wird von ihnen weiter vorangetrieben werden.

Unsere Antwort ist klar: Statt Rentner gegen Jugend, statt Migranten gegen Einheimische, statt Arbeitslose gegen Arbeitende brauchen wir die Einheit aller arbeitenden Menschen, der Jugend, des Volkes. Spaltung und Hetze schwächen uns. Gemeinsamer Kampf hingegen macht stark! Es ist völlig klar, dass die Herrschenden das fürchten. Denn dann sind sie als die Verantwortlichen dran.

Auf zum Luxemburg-Liebkecht-Wochenende in Berlin

An jedem zweiten Januarwochenende wird den Führern der deutschen Arbeiterbewegung, Luxemburg und Liebkecht, in Berlin gedacht. Dass die Demonstration dieses Jahr unter dem Vorwand einer Baustelle droht, verhindert zu werden, muss ein Alarmsignal sein.



Vor dem Ersten Weltkrieg: Die SPD ist eine der größten Arbeiterparteien der Welt. Ihre Organisationen, die Gewerkschaften sowie Kultur- und Sportvereine, Bildungsinstitutionen und Genossenschaften umspannen das gesamte Leben der deutschen Arbeiterklasse. Sie gibt über 90 Zeitungen heraus, die Auflage übersteigt eine Million weit. Vor dem Ersten Weltkrieg gewinnt die sozialreformistische Tendenz in der SPD Überhand, die Partei unterstützt den Krieg und das Sterben von Millionen von Arbeitern auf dem Schlachtfeld – doch dank Personen wie Karl Liebkecht und Rosa Luxemburg geht der Kampf weiter. Sie tragen die revolutionäre Arbeiterbewegung weiter und gründen 1918/19 die KPD, die in der Weimarer Republik immer stärker und eine ernsthafte politische Kraft wird, die nur durch den Faschismus schließlich zerschlagen werden kann.

Heute sehen wir deutlicher als je zuvor, dass der Imperialismus seine Versprechen kaum halten kann. Die Krisen sind geblieben, die Armut steigt. Die Kriegsgefahr steigt und die Zerstörung der Umwelt gibt der Zerstörungswut des Kapitalismus eine neue Dimension. Der Ausspruch von Rosa Luxemburg, „Sozialismus oder Barbarei“, ist heute so wahr wie vor 100 Jahren. Und die Arbeit von Luxemburg und Liebkecht gegen den imperialistischen Krieg ist so greifbar wie vielleicht seit 100 Jahren nicht.

Die Realität gibt uns jeden Tag neue Anlässe, das Gedenken mit der Situation im Hier und Jetzt zu verbinden: Unzufriedenheit in der Jugend mit der Wehrpflicht, Angst unter den Älteren vor einem Dritten Weltkrieg, Frustration über steigende Armut und Reallohnverlust, die von den Tariferhöhungen nicht aufgefangen werden, das Gefühl, es sei überall Geld da, aber nicht für die arbeitende Bevölkerung. Lasst uns das Gedenken mit konkreten Forderungen verknüpfen und eine Demonstration und ein Wochenende auf die Beine stellen, zu dem wir die Menschen links und rechts von uns mitnehmen können: Arbeitskollegen und Mitschüler, Freunde und Familie. Wir müssen es in unseren Betrieben und Stadtteilen, Universitäten und Schulen auf die Tagesordnung setzen können. Auf zum Luxemburg-Liebkecht-Wochenende am 10. und 11. Januar in Berlin!

Nähern wir uns der Lohn- gleichheit?

Die Forderung nach „gleichem Lohn für gleiche Arbeit“ steht seit den Anfängen der Arbeiterbewegung ganz oben auf der Liste der Forderungen. Um diese Forderung besser verständlich zu machen und umzusetzen, wurde sie zu „gleichem Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ weiterentwickelt. Dennoch nimmt die Lohnungleichheit weiter zu. Die Lohnungleichheit besteht weiterhin zwischen Frauen und Männern, jungen und alten Menschen, Migrant*innen und Einheimischen oder, wie in Deutschland, zwischen „Ost und West“. Die jüngste Entscheidung des BAG und die „Lohntransparenzrichtlinie“ der EU, die 2026 in Kraft treten wird, werfen die Frage auf, ob dies die Situation ändern wird.

Arbeiter*innen müssen keine umfangreichen und detaillierten Statistiken vorlegen, um zu beweisen, dass sie aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert werden. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat entschieden, dass ein direkter Vergleich mit einem einzigen besser verdienenden männlichen Kollegen ausreichen kann, um den Verdacht der Diskriminierung zu begründen. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat in seiner Entscheidung vom 23.10.2025 (8 AZR 300/24) entschieden, dass ein Vergleich mit einem einzigen männlichen Kollegen für den Verdacht auf geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung ausreichend ist. In dem vorliegenden Fall hatte eine Arbeiterin unter Hinweis auf die höheren Löhne ihrer männlichen Kollegen, die ähnliche Tätigkeiten ausübten, eine rückwirkende Anpassung ihres eigenen Gehalts gefordert. Um die Rechtmäßigkeit ihrer Forderung zu belegen, hatte die Klägerin auf die eigenen Daten des Unternehmens zur Lohntransparenz verwiesen. Das Landesarbeitsgericht (LAG) Baden-Württemberg hatte die Klage mit der Begründung abgewiesen, dass ein

einzigster Vergleich nicht ausreichend sei, und sich dabei auf den Median der Löhne beider Geschlechtergruppen gestützt.

Das BAG widersprach dem LAG: Wenn eine Frau für gleiche oder gleichwertige Arbeit weniger bezahlt wird als ihr männlicher Kollege, entsteht ein rechtlicher Verdacht auf geschlechtsspezifische Diskriminierung. Dieser Verdacht muss vom Arbeitgeber durch objektive Gründe wie beispielsweise unterschiedliche Leistungen oder Qualifikationen widerlegt werden.

Gericht wird erneut beurteilen

Das BAG hat die Annahme des LAG in diesem Fall als falsch bewertet und die Fakten nicht ausreichend gewürdigt, weshalb es das Urteil teilweise aufgehoben und den Fall zur erneuten Verhandlung zurückverwiesen hat. In der neuen Verhandlung soll geklärt werden, ob der Firmenleitung überzeugend darlegen kann, dass er in einem intransparenten Vergütungssystem keine Lohndiskriminierung praktiziert. Die Entscheidung des BAG ist auch im Zusammenhang mit der Umsetzung der am 6. Juni 2023 in Kraft getretenen „EU-Richtlinie zur Entgelttransparenz“ in nationales Recht zu sehen. Die Richtlinie muss bis spätestens 6. Juni 2026 in nationales Recht umgesetzt werden.

Ein ähnliches Gesetz, das „Entgelttransparenzgesetz“, trat am 6. Juli 2017 in Deutschland in Kraft. Dieses Gesetz, das Millionen von Arbeitnehmer*innen betrifft, die von Lohn- und Gehaltsunterschieden betroffen sind, hat jedoch keine positiven Veränderungen gebracht. Alle Kritikpunkte der Gewerkschaften und Juristenverbände sowie ihre Vorschläge zur Umsetzung und Erleichterung der Anwendung des Gesetzes wurden nicht berücksichtigt. Das Gesetz macht zum einen zu viele Ausnahmen und zum anderen gilt es

in Betrieben mit weniger als 200 Beschäftigten nicht. In vielen Paragraphen ist es zudem nicht präzise genug bzw. lässt Raum für Interpretationen.

Lohnungleichheit: nicht nur ein Problem der Frauen

Wenn die Forderung nach „gleichem Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ aufkommt, denkt man natürlich zuerst an Kolleginnen. Je nach der Institution, die die Lohnungleichheit berechnet, schwankt dieser Anteil zwischen 16 und 21 Prozent. In sehr wenigen Branchen (z. B. Pflege) sind die Löhne von Kolleginnen denen ihrer männlichen Kollegen gleich.

Nach Berechnungen des DGB und verschiedener Frauenorganisationen, die den Lohnunterschied zwischen weiblichen und männlichen Beschäftigten aufzeigen, haben Kolleginnen in den ersten 66 Tagen des Jahres 2025 (1. Januar bis 7. März) praktisch unentgeltlich gearbeitet. Betrachtet man Ost und West, so steigt die Zahl der Tage, an denen weibliche Arbeitnehmer*innen „unentgeltlich“ arbeiten. Die Löhne der Frauen in Ostdeutschland sind noch niedriger.

Wie viele Tage Frauen in Ostdeutschland zusätzlich „unbezahlt“ arbeiten, wurde nicht genau berechnet. Obwohl seit der Wiedervereinigung Deutschlands bereits 35 Jahre vergangen sind, sind die Löhne noch immer nicht angeglichen. Nach Angaben der verschiedenen Einrichtungen, die den Lohnunterschied zwischen Ost und West berechnet, liegt die durchschnittliche Lohnungleichheit zwischen 17 und 21 Prozent. Das bedeutet, dass Beschäftigte in Ostdeutschland 77 Tage „unbezahlt“ arbeiten. In einigen Branchen wie im öffentlichen Dienst sind die Löhne angeglichen, was bedeutet, dass die Lohnungleichheit in vielen anderen Branchen noch deutlich größer als 17 bis 21 Prozent ist.

Migranten, Leih- und Saisonarbeiter

Neben Frauen und ostdeutschen Beschäftigten sind auch Migranten, Leih- und Saisonarbeiter von Lohnungleichheit betroffen. Es gibt nur sehr wenige Studien darüber, wie viel diese Beschäftigte weniger verdienen. Untersuchungen des DGB zeigen, dass Migranten im Allgemeinen die gleiche oder gleichwertige Arbeit wie ihre einheimischen Kollegen verrichten, im Durchschnitt etwa 25 % weniger Lohn erhalten. In solchen Untersuchungen wird außerdem lediglich festgestellt, dass Migrantinnen weniger Lohn erhalten als Migranten, ohne dass konkrete Zahlen genannt werden.

Eine ähnliche Situation besteht auch bei Leih- und Saisonarbeitern. Es gibt keine Untersuchungen, die die Lohnungleichheit in diesen Bereichen in ihrer ganzen Realität aufzeigen. Leih- oder Saisonarbeiter werden vieler Rechte beraubt, die festangestellte Arbeitnehmer des Unternehmens, in dem sie arbeiten, genießen (Überstundenzuschläge, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld usw.).

Kampf gegen Lohnungleichheit

Es gibt viele weitere Beispiele für Lohnungleichheit oder besser gesagt Lohndiebstahl (Löhne von jungen Beschäftigten oder die von Mindestlohnempfängern). Hinzu kommt, dass diejenigen, die für niedrige Löhne arbeiten müssen, im Alter von Armut bedroht sind. Es ist bekannt, dass dieses Problem nicht nur eine begrenzte Zahl von Arbeitnehmern betrifft, sondern Millionen von Arbeitnehmern – darunter Frauen, Migranten, Ostdeutsche, Leiharbeiter –, also die Mehrheit aller Beschäftigten. Daher reicht es nicht aus, ein- oder zweimal im Jahr an die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ zu erinnern, sondern es muss ernsthaft dafür gekämpft werden. Dieser Kampf bzw. Forderung darf nicht nur auf gesetzliche Regelungen beschränkt bleiben (wie es jahrzehntelang der Fall ist!), sondern muss bei jeder Gelegenheit, insbesondere in Zeiten von Tarifverhandlungen, vorgebracht werden. Alle von den Gewerkschaften unterzeichneten Tarifverträge sollten die Formulierung „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ enthalten.

Das bedeutet nicht, dass diese Gesetze unwichtig sind. Wie bei so vielen Gesetzen muss auch hier dafür gekämpft werden, dass sie neu geregelt und tatsächlich umgesetzt werden.

Bei der Forderung nach gleichem Lohn handelt es sich nicht nur um den Kampf für eine Verbesserung der jeweiligen betroffenen Gruppen. Denn die ungleiche Bezahlung der Arbeiter hat auch strategische Vorteile für den Arbeitgeber.

Bei der Forderung nach gleichem Lohn handelt es sich nicht nur um den Kampf für eine Verbesserung der jeweiligen betroffenen Gruppen. Denn die ungleiche Bezahlung der Arbeiter hat auch strategische Vorteile für den Arbeitgeber. Bei der Forderung nach gleichem Lohn handelt es sich nicht nur um den Kampf für eine Verbesserung der jeweiligen betroffenen Gruppen. Denn die ungleiche Bezahlung der Arbeiter hat auch strategische Vorteile für den Arbeitgeber. Am Ende stärkt er so uns alle!

EU-RICHTLINIE ZUR LOHNTRANSPARENZ

Die EU-Richtlinie zur Lohntransparenz (RL (EU) 2023/970) zielt darauf ab, das geschlechtsspezifische Lohngefälle (Gender Pay Gap) zu verringern und die Lohngleichheit in der EU zu stärken. Diese Richtlinie, die bis zum 7. Juni 2026 in nationales Recht umgesetzt werden muss, verpflichtet Unternehmen zu mehr Transparenz, beispielsweise durch das Recht der Beschäftigte auf Information, die Informationspflicht bei Bewerbungen und die Berichtspflicht für große Unternehmen.

AUS SICHT DER BESCHÄFTIGTEN:

Recht auf Information: Beschäftigte haben das Recht, nach Geschlecht aufgeschlüsselte Informationen über ihr eigenes Gehalt und die Durchschnittsgehälter ihrer Kollegen in ähnlichen Positionen zu erhalten.

KEIN REDEVERBOT:

Firmen dürfen ihren Beschäftigten nicht vertraglich verbieten, über ihre Gehälter zu sprechen.

Recht auf Information: Firmen sind verpflichtet, auf Anfrage Informationen über die Kriterien für die Festlegung und Entwicklung der Gehälter zu geben.

Rechte im Falle von Diskriminierung: Beschäftigte können im Falle von Lohndiskriminierung bis zu drei Jahre lang Schadenersatz verlangen.

IN BEZUG AUF UNTERNEHMEN:

Bewerbung: In Stellenanzeigen müssen Einstiegsgehälter oder Gehaltsspannen angegeben werden. Es ist verboten, nach dem aktuellen Gehalt zu fragen.

Informationspflicht: Auf Anfrage müssen Informationen über die individuellen und durchschnittlichen Gehälter vergleichbarer Kollegen gegeben werden.

BERICHTSVERPFLICHTUNGEN:

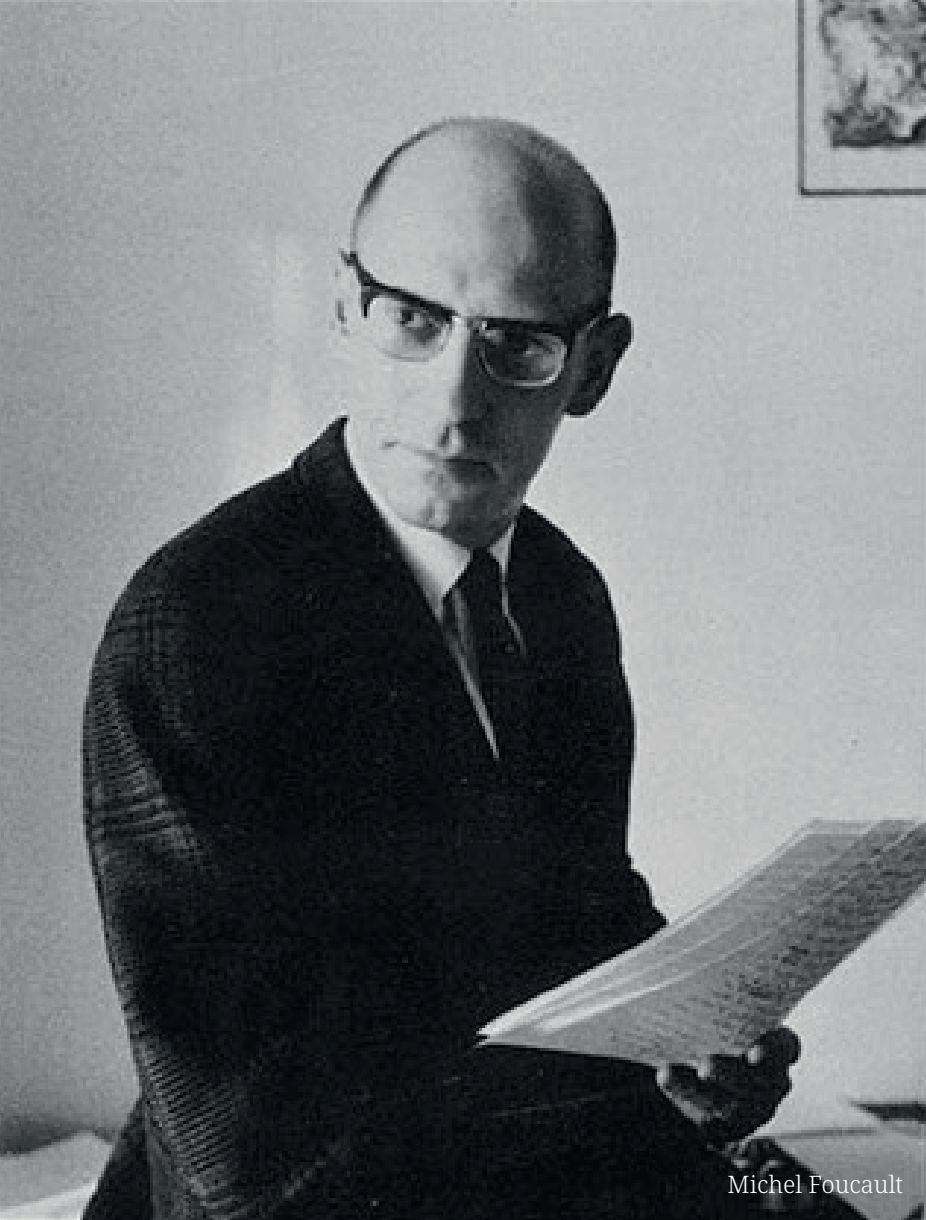
Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten müssen einen jährlichen Bericht über geschlechtsspezifische Lohnunterschiede vorlegen.

Geheimhaltungsverbot: Unternehmen dürfen ihre Gehaltsstruktur nicht mehr geheim halten.

Umsetzung in Deutschland: Die Richtlinie muss bis zum 7. Juni 2026 in nationales Recht umgesetzt werden.

Die Umsetzung geht über das bestehende deutsche Lohngleichheitsgesetz hinaus. Die konkreten Anforderungen der Richtlinie betreffen zwar nur große Unternehmen, aber die Berichtspflichten gelten unabhängig von der Größe für alle Unternehmen.

Quelle: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32023L0970>



Michel Foucault

Spaltung von Links

Der CIA gefällt das

Warum verbreitete die CIA in Europa das Gedankengut verschiedener Intellektueller, die bis heute in der Linken anerkannt sind? Ein Blick auf die Reise, die diese Ideen gemacht haben, und wo sie heute gelandet sind, liefert Antworten.

Kampf um die Köpfe

Dass der US-amerikanische Auslandsgeheimdienst (CIA) spätestens seit den 1950er Jahren weltweit einen erbitterten Kampf gegen den Marxismus führte, ist allgemein bekannt. Doch während Mitte des 20. Jahrhunderts große Teile der globalen Spionageorganisation damit beschäftigt waren, demokratisch gewählte Regierungen zu stürzen, faschistische Diktatoren mit Geheimdienstinformationen und Geld zu versorgen und rechtsextreme Todesschwadronen zu unterstützen, verfolgten Agenten in Europa einen besonderen Auftrag: Den Kommunismus auf ideologischer und kultureller Ebene zu bekämpfen.

Das 2010 von der CIA selbst veröffentlichte Dokument *Origins of the Congress for Cultural Freedom, 1949–1950* beschreibt, wie die CIA eine eigene Kulturorganisation unter dem Namen Congress for Cultural Freedom (CCF) ins Leben rief und finanzierte. Diese Organisation veröffentlichte politische Zeitschriften wie *Encounter* und veranstaltete dutzende Konferenzen, die einige der bekanntesten westlichen Denker zusammenbrachten. Die CIA beschreibt die Arbeit der CCF folgendermaßen: „Auf irgendeine Weise gelang es dieser Organisation von Gelehrten und Künstlern – egozentrisch, frei denkend und politisch sogar anti-amerikanisch – von ihrem Pariser Hauptquartier aus zu zeigen, dass der Kommunismus trotz seiner Verlockungen ein tödlicher Feind von Kunst und Denken war.“ (Übersetzung aus *Origins of the Congress for Cultural Freedom, 1949–1950*)

Die gezielte Unterstützung linker Intellektueller begründet die CIA so: „Anstatt die politische Rechte in Europa und Asien zu unterstützen, würde OPC die ‚nicht-kommunistische Linke‘ als die verlässlichste Bastion gegen den Kommunismus unterstützen.“ (Übersetzung aus *Three Case Studies of the CIA's Covert Support of American Anti-Communist Groups in the Cold War, 1949–1967*)

Ziel war es, die fortschrittliche Bewegung in Europa durch die gezielte Förderung nicht-marxistischer linker Intellektueller für den kapitalistischen Westen als Ganzes ungefährlicher zu machen. Über 30 Jahre später hält die CIA in ihrem Dokument *France: Defection of the Leftist Intellectuals* fest, dass Intellektuelle, die ursprünglich dem Marxismus angehörten, dann aber anti-marxistische Positionen einnahmen, besonders effektiv seien, um die gesamte fortschrittliche Bewegung zu demoralisieren. Gemeint waren hier Denker wie Michel Foucault, Jacques Lacan und Roland Barthes.

Warum gerade diese Denker?

Doch was war es an diesen Denkern, dass sie für die CIA nützlich erschienen ließ? Die Antwort liegt in der dahinterliegenden Philosophie – und sie hat mehr mit der heutigen „Linken“ zu tun, als man auf den ersten Blick vielleicht denken würden. Ihre Ideen wurden später als „postmodernes Denken“ zusammengefasst und enthalten wichtige Merkmale, die in intellektuellen und akademischen Kreisen bis heute Einfluss haben. So ersetzten postmoderne Denker diejenigen Philosophien, die sie als „Metanarrative“ bezeichneten, durch ein fragmentarisches Denken. „Metanarrative“, das waren für sie all diejenigen Ideen, die versuchten, die Welt als Ganzes systematisch zu erfassen. Namentlich die Aufklärung und auch der Marxismus wurden in genau diesem Versuch kritisiert – für diese neuen Denker gab es keine objektive Wahrheit, die durch die Wissenschaft erkennbar und veränderbar wäre. Foucault beispielsweise rückte vielmehr den Begriff des „Diskurses“ in den Mittelpunkt. Für ihn entstand gesellschaftliche Realität aus „Diskurs“, also aus der Art und Weise, wie über Phänomene, Menschen und die Erscheinungen in der Welt gesprochen wird. Dieser „Diskurs“ würde die Welt überhaupt erst konstruieren. Entscheidend ist in der postmodernen Philosophie auch ein radikaler

Subjektivismus. So werden Gesellschaft und Wahrheit prinzipiell hinterfragt – erkennbar ist nur die subjektive Realität für jeden einzelnen. Gesellschaftliche Veränderung kommt in dieser Philosophie nicht aus einer Bewegung, einer kollektiven Handlung oder dem Klassenkampf, sondern dadurch, dass „Diskurse“ und somit Realitäten „dekonstruiert“ werden – beispielsweise, indem man die Sprache verändert.

Auch wenn diese Philosophie, geprägt von Michel Foucault, Jaques Derrida, Jean-Francois Lyotard und anderen sehr unnahbar formuliert ist, konnte sie einen nicht zu unterschätzenden Einfluss gewinnen. Viele der Anschauungen und Vorstellungen, die heute in fortschrittlichen und akademischen Kreisen bis in den Mainstream verbreitet sind, haben ihre Wurzeln in dieser Philosophie.

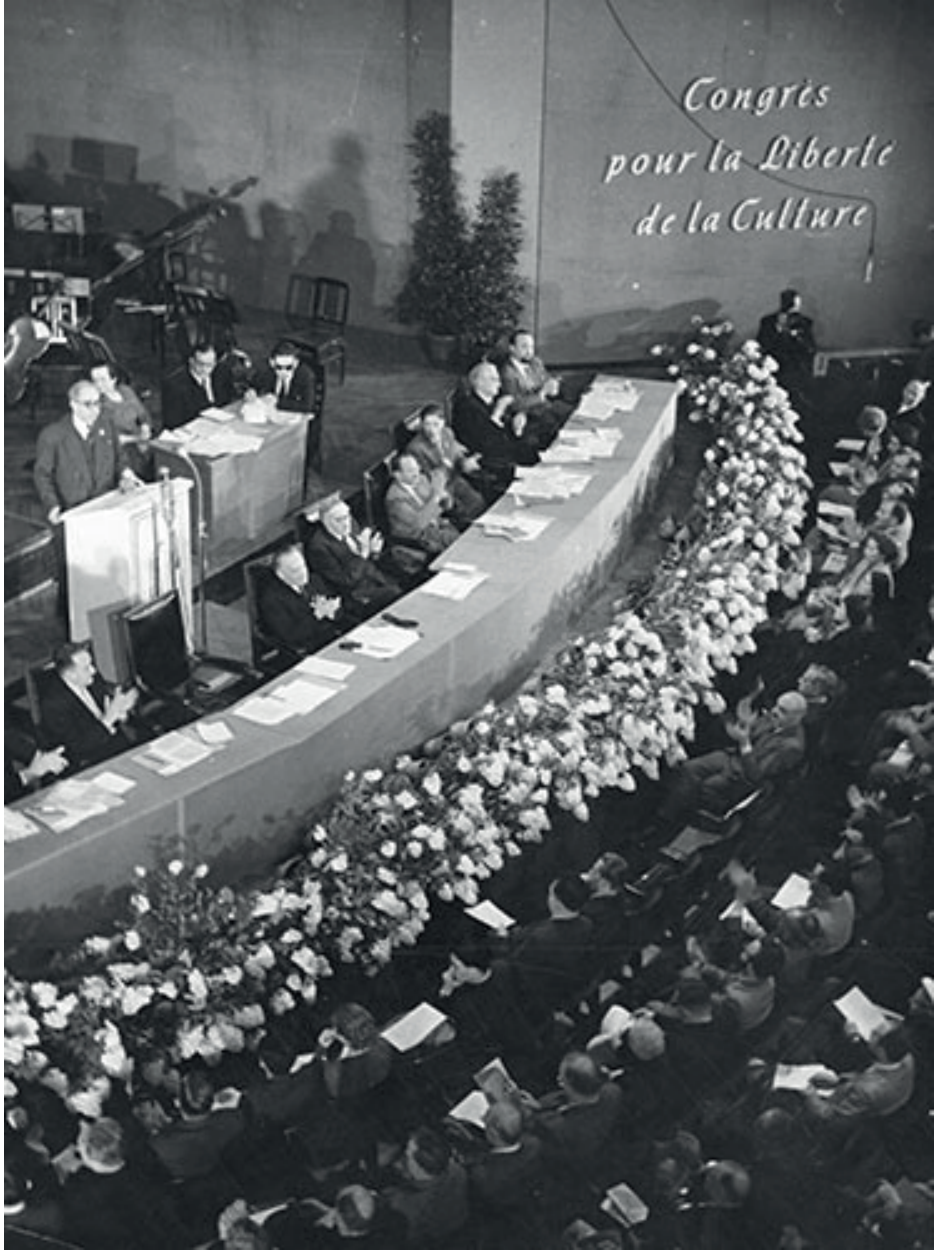
Folgen, die wir bis heute spüren

Das Erbe dieses kulturellen und ideologischen „Klassenkampfs von oben“ ist bis heute spürbar. Die philosophische Vorstellung, jeder hätte seine eigene, subjektive Wahrheit und würde sich in einer durch eine bestimmte Art von „Diskurs“ konstruierten gesellschaftlichen Position wiederfinden, kommt hier ganz praktisch zum Ausdruck. Ob Rassismus, Sexismus oder andere Unterdrückungsformen – sie alle werden zu Erfahrungen gemacht, die ausgehend vom Individuum verstanden und verändert werden müssen.

Der Kampf gegen Rassismus, für die Rechte von Frauen, gegen die Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen und so weiter wird in eine unendliche Menge individueller Kämpfe ohne gemeinsame Eigenschaften aufgelöst. Es wird das betont, was uns trennt und nicht das, was uns verbindet. Anstatt auf gemeinsame Klasseninteressen konzentriert sich diese Politik auf die unendlichen Kombinationen verschiedener Formen der Unterdrückung und „Privilegien“, die jede einzelne Person erlebt, und argumentiert deshalb, wir hätten alle verschiedene Interessen. Die Idee von Kollektivität und Solidarität über Spaltungslinien hinweg und einem gemeinsamen Kampf weicht dem Kampf zahlreicher Individuen oder gesellschaftlicher Gruppen gegeneinander. Die letzte Station dieser Reise ist eine vollständig kommerzialisierte, von Politik und Konzernen übernommene Diversitätsstrategie von Inklusion und politischer Korrektheit, die in den letzten Jahren besonders in der Kulturindustrie bemerkbar wurde (und heute wieder von einem konservativeren Zeitgeist abgelöst wird, der sich durch die explizite Abarbeitung am woken Mainstream profiliert).

Der Werdegang dieser Politik zeigt gut auf, warum auch die CIA die damit zusammenhängenden Philosophien gerne sah: In der Konsequenz wird der Zusammenhalt in der Arbeiterklasse geschwächt und eine Weltanschauung entsteht, in der kein gemeinsames Interesse bestehen kann. Gelebter Antirassismus ist jedoch nicht nur abstrakter moralischer Support oder „Allyship“, sondern Ausdruck des Eigeninteresses aller, die Teil der Arbeiterklasse sind. Spaltung entlang von Herkunft, Geschlecht oder Alter werden mit diesen Anschauungen nicht überwunden – sie ist aber genau das, was die tatsächlichen Unterdrücker und Profiteure dieses Systems, die Konzernchefs, Banker, Politiker usw. erreichen wollen.


Eine der freigegebenen Akten der CIA



Eröffnung des 3. „Kongress für Kulturelle Freiheit“

Das Erbe dieses kulturellen und ideologischen „Klassenkampfs von oben“ ist bis heute spürbar. Die philosophische Vorstellung, jeder hätte seine eigene, subjektive Wahrheit und würde sich in einer durch eine bestimmte Art von „Diskurs“ konstruierten gesellschaftlichen Position wiederfinden, kommt hier ganz praktisch zum Ausdruck.

Sanitized Copy Approved for Release 2011/05/13 : CIA-RDP86S00588R000300380001-5

Directorate of Intelligence

Confidential

25X1

France: Defection of the Leftist Intellectuals

25X1

A Research Paper

„Wir lassen uns nicht einschüchtern“

Verfassungsschutz droht Abgeordnetem in Hamburg mit Klage – ein weiterer Schritt der Einschüchterung gegen Kriegsgegner.

Nachdem sich Deniz Çelik, Abgeordneter und Vizepräsident der Hamburgischen Bürgerschaft, gegen die Wiedereinführung der Regelanfrage ausgesprochen hat, versucht nun das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz, ihn einzuschüchtern und droht mit rechtlichen Schritten. Dieser Fall reiht sich ein in die wachsende Repression in Deutschland.

Was ist passiert?

Am Montag, den 3. November 2025 erhielt Çelik ein Schreiben im Namen des Hamburger Verfassungsschutzes, in dem er unter Androhung eines gerichtlichen Verfahrens aufgefordert wurde, eine Unterlassungserklärung abzugeben. Denn in einer am 21. Oktober veröffentlichten Pressemitteilung unter dem Titel „Regelanfrage im öffentlichen Dienst: Linksfraktion warnt vor Rückkehr der Berufsverbote“ hatte Çelik benannt, dass der Verfassungsschutz „immer wieder auch durch den Schutz rechter Netzwerke aufgefallen“ ist. Das Landesamt für Verfassungsschutz leugnet im Schreiben, dass politische Kräfte rechts der „Mitte“ jemals begünstigt wurden und beschuldigt Çelik zu lügen. Ein Blick in die Geschichte liefert aber erschütternd viele Belege dafür, wie die Institution Verfassungsschutz rechte Strukturen gestützt und gestärkt hat. Sei es durch das an einem Netz von V-Leuten gescheiterte NPD-Verbotsverfahren oder Verstrickungen im NSU-Komplex. Die Aufforderung zu einer Unterlassungserklärung und der damit einhergehenden Rücknahme der Aussage ist ein Einschüchterungsversuch gegenüber denjenigen, die sich gegen den Ausbau der Befugnisse des Verfassungsschutzes und der damit verbundenen Einschränkung unserer demokratischen Rechte und Freiheiten einsetzen. Ursprünglich hat sich die Pressemitteilung gegen die Wiedereinführung der Regelanfrage in Hamburg gerichtet und der Angriff muss vor diesem Hintergrund eingeordnet werden. Denn Çelik hat in der Vergangenheit bereits häufiger diesen Charakter des Verfassungsschutzes als Inlandsgeheimdienst, der immer wie-

der durch Verstrickungen mit rechten Kräften auffällt benannt und daraufhin keine Androhungen auf Klage erhalten.

Was hat das mit der Regelanfrage zu tun?

Die Wiedereinführung der Regelanfrage in Hamburg würde bedeuten, dass Bewerber auf eine Stelle im öffentlichen Dienst zunächst durch eine Anfrage beim Verfassungsschutz auf ihre „Verfassungstreue“ geprüft werden könnten. Im öffentlichen Dienst arbeiten die meisten Personen, die



Der Hamburger Abgeordnete Deniz Çelik

bei staatlichen oder öffentlich-rechtlichen Arbeitgebern wie Bund, Ländern und Gemeinden beschäftigt sind. Darunter fallen Beamte, Richter und Polizisten, aber eben auch Lehrer, Erzieher, Sozialarbeiter und Beschäftigte in Krankenhäusern. Sie alle könnten mit der Regelanfrage vor ihrer Einstellung darauf geprüft werden, ob sie durch politische Aussagen oder Aktivismus dem Verfassungsschutz aufgefallen sind. Gerechtfertigt wird dies durch den Senat mit dem „Schutz vor Extremismus“, wobei auf islamistische Lehramtsstudenten als Beispiel angeführt werden. Bereits vor ein paar Monaten hat die Landesregierung von

Rheinland-Pfalz angekündigt, von ihren Bewerbern eine schriftliche Erklärung über ihre Verfassungstreue und eine Erklärung, keiner extremistischen Organisation anzugehören, vor der Einstellung zu verlangen. Um die Öffentlichkeit für dieses Vorhaben zu gewinnen, wurde es damit gerechtfertigt, dass AfD-Mitglieder ebenfalls aus dem öffentlichen Dienst ferngehalten werden würden. Nach anfänglicher Kritik wurde schnell zurückgerudert, und die AfD sollte keine Ausschlussbedingung mehr sein. Die zahlreichen antifaschistischen und sozialistischen Gruppen auf der Liste von verfassungsfeindlichen Organisationen jedoch schon (wir berichteten in Arbeit Zukunft, August 2025).

Das reiht sich ein in die Geschichte Deutschlands mit Berufsverboten. Denn in der Vergangenheit haben wir gesehen, wen sowohl die Berufsverbote als auch die Ermittlungen des Verfassungsschutzes insbesondere treffen. Durch den sogenannten Radikalerlass von 1972 wurden Millionen Bewerberinnen und Bewerber für den öffentlichen Dienst durch Regelanfragen überprüft und in erster Linie regierungskritische Stimmen, Gewerkschafter, Aktive aus der Friedensbewegung und Kommunisten ins Visier genommen. Und auch heute treffen Berufsverbote wieder fortschrittliche Kräfte. Die Regelanfrage in Hamburg würde ein weiteres Werkzeug für den staatlichen Repressionsapparat bedeuten, diese Stimmen zu kriminalisieren und auch verstummen zu lassen.

Seit einigen Jahren lässt sich bundesweit eine Verschärfung der Repression in Deutschland beobachten – die sich häufenden Fälle von Berufsverboten reihen sich in diese Tendenz ein. Ob am Flughafen Leipzig/Halle, der ein Drehkreuz für Rüstungsgüter nach Israel ist und wo ein DHL-Mitarbeiter und Vertrauensmann die Waffenlieferungen kritisiert hat und nach vorheriger Freistellung fristlos gekündigt wurde. Oder im Fall Lisa Poettinger, der die Zulassung zum Referendariat in München verwehrt wurde, weil sie als Klimaaktivistin die kapitalistische Produktionsweise kritisierte und als Ursache für die Klimakatastrophe die „Profitmaximierung“ benannt hat.

Ein Angriff auf unsere demokratischen Rechte!

Die Regelanfrage stellt eine massive Einschränkung der Meinungsfreiheit dar und soll bei den Kolleginnen und Kollegen, aber auch zukünftigen Angestellten und der Jugend, Angst schüren, sich kritisch zur herrschenden Politik zu äußern. Die Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen wird hierdurch erheblich eingeschränkt und in Zukunft sollen damit nur noch regierungshörigen Menschen diese gesellschaftsformenden Tätigkeiten ausführen. Und das im Namen der Demokratie? Denn eine Prüfung auf Verfassungstreue bedeutet in diesem System nicht, dass Menschen darauf geprüft werden, inwiefern sie hinter demokratischen Werten stehen, sondern ob sie die Eigentumsordnung der kapitalistischen Produktionsweise akzeptieren und sich hinter die Interessen des deutschen Imperialismus, seine Aufrüstung und Ziele stellen. Der Verfassungs-

schutz ist keine demokratisch kontrollierte Instanz, sondern ein Inlandsgeheimdienst, der gegen fortschrittliche und oppositionelle Kräfte vorgeht.

Deniz Çelik hat mit seiner Erklärung den Widerstand gegen die Wiedereinführung der Regelanfrage und den damit einhergehenden Ausbau des Repressionsapparats gestärkt und soll nun mundtot gemacht und eingeschüchtern werden. An ihm soll ein Exempel statuiert werden. Im Sinne des Widerstands gegen die Repression zeigt er jedoch Haltung und lässt sich nicht einschüchtern. Jetzt ist es an den Organisationen und Bündnissen, die sich gegen die Aufrüstung nach innen und den Ausbau des Repressionsapparats sowie die Angriffe auf unsere demokratischen Rechte stellen, ihm den Rücken zu stärken und gemeinsam gegen diesen Angriff vorzugehen. So hat sich in Hamburg ein Bündnis gegen Berufsverbote gegründet, welches durch Unterschriften und Kundgebungen den öffentlichen Druck auf den Senat gegen die

Wiedereinführung der Regelanfrage aufbaut.

Diese Bestrebungen haben, neben weiteren Faktoren, bereits Wirkung gezeigt. So hat der Hamburger Senat zunächst angekündigt, dass die Regelanfrage zum 01. Januar 2026 wieder in Kraft treten solle. Die Gewerkschaften, die auch Teil des Bündnisses sind, haben jedoch darauf bestanden, dass die Frist für eine Stellungnahme weiter aufgeschoben wird, wodurch die Verbandsanhörung länger gedauert hat als geplant. Außerdem sollen im Vorlauf mehrere Anhörungen im Innenausschuss, zum einen des Senats, zum anderen von Experten, stattfinden. Das Ergebnis: Das ursprüngliche Ziel des Hamburger Senats, die Regelanfrage klammheimlich zum Jahreswechsel einzuführen, kann nicht eingehalten werden, sondern wird sich voraussichtlich auf April 2026 verschieben. Die Angelegenheit schnell über die Bühne zu bringen ist also auch an der öffentlichen Kritik gescheitert.



Berufsverbot – ein Erlebnisbericht

Kiel 1977! „Frisch gebackener“ Grund- und Hauptschullehrer! Fach Deutsch: eine Eins! Das Landesschulamt nannte mir meine erste Junglehrerstelle: Eine Dorfschule im Kreis Segeberg. Aufgeregt wartete ich auf den Start meiner Tätigkeit. Ich sollte nach den Herbstferien anfangen!

Aber dann begann das Warten, immer wieder wurde die Einstellung verschoben, ein einziges Gezerre. Schließlich musste ich zur Kenntnis nehmen, dass man auf meine Mitarbeit doch lieber verzichten würde.

Ja, es war die Regelanfrage beim Verfassungsschutz! Dessen Akte traf angeblich erst lange Zeit nach meinem eigentlichen Starttermin im Schulamt ein. Diese brachte die zuständigen Herren zu der „Erkenntnis“, dass ich als Beamter wohl nicht die „Gewähr“ bieten würde, jederzeit aktiv für

die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ einzutreten. Das deutete mir mein Ansprechpartner informell bei einer meiner häufigen Nachfragen schon mal an.

Die Akte war also endlich da im Landesschulamt! Trotzdem kam es nicht zu dem berüchtigten Einstellungsgespräch mit mir über den Akteninhalt. Es gab zwar einen Termin. Aber zu diesem kam ich mit meinem Rechtsanwalt. Das lehnte die Behörde strikt ab, obwohl damals Fälle bekannt waren, wo ein Rechtsanwalt akzeptiert worden war. Das Treffen wurde abgebrochen, es gab kein Gespräch, es gab keine Einigung, ich bekam keinen Startschuss ins Schulleben, keinen Vertrag – nichts. Das Schulamt antwortete nicht mehr.

Einblick in „meine“ Akte bekam ich auch nicht. Was stand drin, was die Beamten so

gegen mich aufbrachte? Ich weiß es nicht, aber ein paar Dinge kann ich mir doch vorstellen.

Ich kann mich noch gut an jene Veranstaltung in einem Dorfgasthof bei Rendsburg erinnern. Nach intensiver Flugblatt-Agitation unter Bauern (Die KPD-ML/KPD betrieb eine recht gut organisierte Bauernarbeit) während der Rendsburger Landwirtschaftsmesse Norla 1975 sprach damals Genosse Ernst Aust vor mehreren hundert Bauern. Kurz mal draußen vorm Gasthaus wurden ein Genosse und ich sichtlich aus einem gegenüber parkenden Auto (Blitz aus einem Scheinwerfer!) fotografiert, das dann – klar – ganz schnell wegfuhr. Was hatten die Typen im Auto zuvor getrieben, hatten sie auch in Genosse Austs Versammlung „gespitzt“? Und wer waren sie?

Ich erinnere mich noch gut an manche öffentliche Äußerung als Lehrerstudent an der PH, auf Vollversammlungen oder an Infoständen des KSB/ML (damals Studentenorganisation der Partei), in Seminaren über Widerstand gegen Hochschul„reformen“, gegen den Vietnamkrieg, über Kapitalismus und Sozialismus. Ich hatte wohl nicht nur ehrliche Zuhörer ...

Als ich mal Flugblätter der Jugendorganisation der Partei vor einer großen Kieler Berufsschule verteilte, kam wie zufällig ein Polizist daher geschlappt und verlangte meine Personalien! Fußstreifen waren damals gar nicht üblich. Jemand hatte wohl die Polizei geholt. So wird eine Akte voll! Wer „meine IMs“ waren, die den Ordner „gefüllt“ hatten, wüsste ich auch gerne mal, nur mal so nebenbei... Seis drum! Ich wurde Arbeiter, um zu leben. Habe nix bereut!



Komplettüberwachung im Namen der Gefahrenabwehr

Ob in Hessen, NRW, Bayern und jetzt auch Baden-Württemberg: Immer mehr Bundesländer nutzen die Software vom US-Konzern Palantir und bauen damit die Befugnisse der Polizei zur Durchleuchtung der Bevölkerung massiv aus.

Die Begründung? Zur Bekämpfung der Kriminalität soll die Software es der Polizei vereinfachen, Personen samt ihrer Daten ausfindig zu machen, „Gefährder“ rechtzeitig zu erkennen und „Straftaten“ zu verhindern bzw. anzuklagen. Erst kürzlich kündigte Bundesdigitalminister Wildberger (CDU) auf dem Digitalgipfel in Berlin an, Palantir bundesweit zum Einsatz bringen zu wollen. Die Diskussionen darum halten weiter an. Während gegen die kürzlich beschlossene Nutzung in Baden-Württemberg rund 13 Tausend Unterschriften gesammelt wurden, bezeichnet die Polizeigewerkschaft diese als alternativlos. Doch auch von Datenschützern, Juristen oder liberalen Kräften wie die Gesellschaft für Freiheitsrechte wird die Nutzung in verschiedenster Hinsicht als Gefahr für die Demokratie und den Rechtsstaat kritisiert.

Was hat es mit Palantir auf sich?

Palantir ist ein US-amerikanischer Techkonzern, der Software zur Analyse großer Datenmengen mit Hilfe von künstlicher Intelligenz verkauft. Gegründet im Jahre 2003 unter anderem vom US-Milliardär und Mitbegründer von Paypal, Peter Thiele, gehörten zu den Kunden und zentralen Mitfinanzierern des Konzerns schnell zahlreiche US-amerikanische Geheimdienste wie die CIA, FBI und die Marine Corps. Sie wollten die Geheimdienste unter dem Deckmantel des 11. September und dem „Kampf gegen den Terror“ technisch aufrüsten und die „Datenflut“ vom 11. September „beherrschbar“ machen. Und so wurde die Software in den darauffolgenden Jahren schnell zu einem allseits einsetzbaren Mittel: Sei es zur effektiven Kriegsführung des US-Militärs in Afghanistan oder im Irak, der Vereinfachung der brutalen Abschiebep Praxis der ICE oder die totale und flächendeckende Überwachung durch die Polizeibehörden im Inland. Denn so konnte in zahlreichen Kriegen wie in Afghanistan und im Irak mit der Software gearbeitet werden, um Militäroperationen zu perfektionieren, Drohnen Daten schnell zu erfassen und detaillierte Lagepläne für das Militär vor Ort ab-

zugeben. Auch mit der US-amerikanischen Einwanderungs- und Zollverfolgungsbehörde ICE pflegt das Unternehmen seither zahlreiche Verträge, die sich jetzt mit der Nutzung der Software „ImmigrationOS“ zum Ziel gesetzt hat „den gesamten Lebenszyklus der Einwanderung von der Identifizierung bis zur Abschiebung“ durchleuchten zu können und so Abschiebungen zu vereinfachen. Mit Palantir wurde somit im Interesse der herrschenden Klasse ein zentrales Werkzeug entworfen, welches die ausgespähten, umfassenden Daten algorithmisch analysieren und auswerten kann. Bei der deutschen Polizei läuft jene Software unter dem Namen VerA, Gotham oder HessenData. Doch gemeint ist letztendlich dasselbe: Eine Software, die extra für „Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste“ entwickelt worden und dazu in der Lage ist, Daten aus allen Quellen und Datenbanken zu verknüpfen, Bewegungsmuster, Telefonverbindungen, Sozial- und Polizeidaten zusammenzutragen und damit auf effektivste Weise Personen samt Aufenthaltsort zu identifizieren– mit dem Ziel, Menschen nicht nur erst für bereits begangene „Straftaten“ zu verfolgen, sondern sie präventiv zu überwachen, zu kontrollieren und als „Gefährder“ einzustufen zu können. Bundesinnenminister Dobrindt (CDU) machte sich dabei erst vor wenigen Wochen an die Prüfung der bundesweiten Einführung einer „Analysesoftware zur polizeilichen Verbrechensbekämpfung“, wobei bereits jetzt davon ausgegangen wird, dass es der Konzern Palantir sein wird, der gegen Unsummen vom deutschen Staat den Zuschlag für die Entwicklung einer Software zur deutschlandweiten Nutzung erhalten wird.

Repressionsapparat dringt tiefer durch

So erklärte die Polizeigewerkschaft vor Kurzem: „Die Bedrohungen aller freiheitlichen Gesellschaften durch anhaltenden Terror, Cyberattacken, Organisierte Kriminalität und Angriffe auf unsere Demokratie und Freiheit sind allgegenwärtig. Die Bewältigung von Massendaten erfordert nun einmal Analysetechniken, die in der Lage sind, Beziehungsmuster zu erkennen und Zusammenhänge

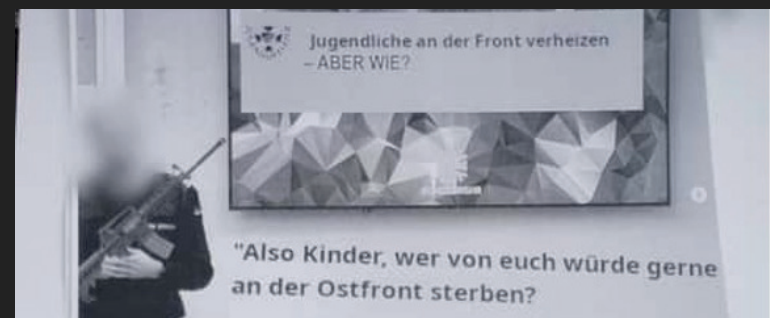
herzustellen, die mit konventioneller Arbeitsweise von Ermittlungskräften kaum feststellbar wären.“ Wenn uns heute also aufgetischt wird, Palantir diene der „Verhinderung von Straftaten“, dann wird damit quasi nahtlos an die Erzählung vom „Kampf gegen den Terror“ angeknüpft. Die stetige Wiederholung jener Lügen und Bedrohungsszenarien dienen dazu, die Bevölkerung an den Ausbau der Polizeigesetze und den Einsatz von Überwachung zu gewöhnen. Was uns unter der Bekämpfung von Kriminalität und der Aufrechterhaltung „unserer“ Sicherheit verkauft wird ist nichts anderes als der Ausbau der Fähigkeiten des bürgerlichen Staates, um die Bevölkerung in bisher technisch nie dagewesener Tiefe durchleuchten zu können. Jene Überwachungstechnologien entfalten nun im Interesse der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung ihre volle Wirkung und nützen maßgeblich dabei, diese Stabilität zu sichern. Denn je tiefer das kapitalistische System in Widersprüche gerät, umso mehr braucht es jene Mittel, um das Fundament stabil zu halten. Dass diese Technologien längst weit über den polizeilichen Einsatz hinaus angewendet werden, zeigt auch ihr heutiger Einsatz in Kriegen wie in der Ukraine oder in Palästina. Bereits seit Sommer 2022 nutzt das ukrainische Militär die Software „MetaConstellation“ von Palantir, um Daten aus Satelliten zusammenzuführen, eine schnelle Zielerfassung zu ermöglichen und sogar im Kriegsszenario Bewegung als solche von rund 30 Sekunden im Vorfeld vorhersehen zu können. Auch die Zusammenarbeit Palantirs mit Israel verstetigte sich insbesondere seitdem durch Israel verübten Genozid an dem palästinensischen Volk. Denn mit der Software lassen sich Zielpersonen und -orte so genau bestimmen lassen, dass damit präzise Drohnenangriffe ermöglicht und immer konkreter als Kriegswaffe eingesetzt werden.

Scheinheilige Kritik

Seit der ersten Einführung der Palantir-Software in Deutschland formierte sich Kritik aus allen Ecken, die dabei nicht selten in eine Schieflage gerät. Abgestellt wird in der Kritik darauf, dass das Problem an der Nutzung der Software von Palantirs Mitbegründer Peter Thiele aufgrund seiner Beziehungen zum US-Präsidenten Trump selbst liegt. So erklärte die Linken-Politikerin Clara Büniger vor Kurzem: „Hinter Palantir steht Peter Thiele, ein erklärter Gegner demokratischer Grundwerte, enger Vertrauter Donald Trumps und Multimilliardär.“ – Doch Vorsicht sollte man walten lassen, Palantir mit jener Begründung zu einem moralischen Problem aufzublasen, wodurch in erster Linie der eigentliche Charakter verschleiert wird. Denn Palantir ist nicht verwerflich aufgrund der Tatsache, dass dessen Mitbegründer keine „demokratischen Grundwerte“ vertritt, sondern dass in Palantir selbst überhaupt kein neutrales Instrument liegen kann. Und so macht die Kritik in einigen Teilen einen weiteren Schlenker. So heißt es in der Stellungnahme der Polizeigewerkschaft weiter: „Bedauerlich ist, dass Europa die letzten Jahre nicht genutzt hat, um heimische Produkte dieser Leistungsstärke zu entwickeln, sodass die Sicherheitsbehörden wieder einmal darauf angewiesen sind, Produkte zu nutzen, die nicht auf unserem Kontinent entwickelt wurden. Aber die USA sind bekanntlich nicht „das Reich des Bösen“, sondern seit Jahrzehnten unser verlässlicher Bündnispartner, auch und gerade im Sicherheitsbereich.“ – Nach dem Motto „Überwachung nur aus eigener Produktion“ wird damit in keinem Wort die Einsetzung der Software selbst kritisiert, sondern lediglich an die Unabhängigkeit Deutschlands und dessen Ausbau des Technologiemarktes plädiert. Insbesondere liberale Kreise von Juristen und Datenschützern warnen davor, dass die Nutzung der Palantir-Software die bürgerliche Demokratie gefährde. Und so sind es selbst jene, die dabei teilweise einräumen, dass diese den Polizeibehörden die Möglichkeit geben kann, die Anwendung der Software grenzenlos auszudehnen und für andere Zwecke anstatt „gegen den Terror“

auszuweiten. Doch ein Instrument, wodurch sich der Staat technologisch immer umfassender bewaffnet, wird in jener bürgerlichen Demokratie stets seinen Platz finden, um diesen Bedarf decken zu können. Deutschland zementiert mit diesen Überwachungswerkzeugen seinen Repressionscharakter, fährt massive Angriffe auf unsere demokratischen Rechte und die Privatsphäre eines jeden Einzelnen und bereitet sich gleichzeitig vor, jene bei Bedarf gegen jeglichen Protest oder vermeintliche Straftaten einzusetzen und ihre Befugnisse dafür auszubauen. Der Diskurs rund um „Wer nichts zu verbergen hat, braucht nichts zu befürchten“ verliert dabei schnell an Grundlage, wenn zum einen allein die Tatsache „nichts zu verbergen zu haben“ keine Legitimation dafür darstellen sollte, dass der Staat die Daten der gesamten Bevölkerung durchleuchten und sie auf Schritt und Tritt verfolgen kann. Auch wenn wir uns zum anderen sowohl historisch als auch aktuell anschauen, wie soziale Bewegungen durch Verfassungsschutz und Polizei kriminalisiert, überwacht und mundtot gemacht werden, kann letztlich niemand sich darüber sicher sein, was der Staat als „verbergenswert“ betrachtet. Mit jener technologischen Durchdringung liegt in Palantir kein Mittel, was für weitere Zwecke „missbraucht“ werden könnte, sondern eines, was vielmehr explizit bewusst und flächendeckend eingesetzt werden soll. Erstmal in den Händen eines bürgerlichen Staates, stellt die Nutzung als solche bereits eine Kampfansage an die Bevölkerung dar.

Schüler wegen Meme angezeigt



Im Februar 2025 fand am Angell-Gymnasium in Freiburg der Besuch eines Jugendoffiziers der Bundeswehr statt. Anschließend soll ein damals minderjähriger Schüler ein Meme auf Social-Media geteilt haben. Es zeigte ein bearbeitetes Foto des Offiziers im Klassenraum, auf dem dieser vor der Klasse mit einem Gewehr zu sehen ist. Außerdem ist der Schriftzug „Also Kinder, wer von euch würde gerne an der Ostfront sterben?“ zu erkennen. Nach der Veröffentlichung zeigte der Offizier einen Oberstufenschüler wegen Beleidigung an. Doch es blieb nicht bei der Anzeige: Der damalige Schüler soll nach eigenen Angaben von der Schulleitung eingeschüchtert und ihm mit einem Schulverweis gedroht worden sein. Besonders beunruhigend: Zuvor hatte die Bundeswehr bereits über ihre Abteilung „Militärische Sicherheit“ geprüft, ob mit Gegenprotesten an der Schule zu rechnen sei.

Was auf dem ersten Blick völlig übertrieben wirkt, muss im Kontext der Aufrüstung und der Militarisierung der Gesellschaft, insbesondere der Jugend, gesehen werden. Während die Aufrüstung Deutschlands auf Hochtouren läuft und durch Hunderte Milliarden finanziert wird, kämpft die Bundeswehr darum, ihre Zahl an Soldaten zu erhöhen. Aktuell umfasst die Bundeswehr rund 180.000 Soldaten und soll bis 2031 auf 280.000 Soldaten und 200.000 Reservisten erweitert werden. Um ihre Anzahl an Soldaten zu steigern, spielen Schulen eine Schlüsselrolle. Die Jugend soll folgsam und vom deutschen Staat überzeugt die Schulen verlassen. Ein Mittel dazu sind auch die Unterrichtsbesuche der Bundeswehr. Und da kann schnell jeder Protest zu einer Gefahr für die deutsche „Kriegstüchtigkeit“ werden.



„Dafür ist mein Vater nicht gestorben“

Die ukrainische Arbeiterklasse kann diesen Krieg nicht gewinnen.

Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ – so der berühmte Ausspruch des Kaisers Wilhelm II. beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Es war ein Angebot an die Arbeiterbewegung und ihre Führung, die SPD. Ein Angebot, alle politischen Streitigkeiten beiseitezulegen. In der Zeit des Krieges gelte nur die nationale Einheit. Die SPD machte mit – der sogenannte Burgfrieden wurde geschlossen. Keine Streiks, keine Demonstrationen, kein Klassenkampf, bis der Krieg vorbei war. Doch es kam anders. Schon nach wenigen Jahren dämmerte es großen Teilen der Arbeiterklasse: Dass sie sich nicht nur ihr wichtigstes Kampfmittel hatten nehmen lassen, sondern unter dem Vorwand des Burgfriedens ihr Leben und Tod in die Hände des Klassenfeindes gelegt hatten. Millionen Arbeiter waren in den Tod gegangen, bis

Der imperialistische Krieg pausiert den Klassenwiderspruch nicht – im Gegenteil, er spitzt ihn bis aufs Äußerste zu.

dem Ersten Weltkrieg mit der Novemberrevolution durch aufständische Soldaten, Matrosen und Arbeiter ein Ende gesetzt wurde. Der imperialistische Krieg pausiert den Klassenwiderspruch nicht – im Gegenteil, er spitzt ihn bis aufs Äußerste zu, wenn Millionen Arbeiter in den Krieg ziehen und ihr Leben und Tod an die Verhandlungen der Herrschenden knüpfen. Der Vergleich mit dem Ersten Welt-

krieg scheint zunächst weit hergeholt. Doch ein Blick auf die Ukraine nach über dreieinhalb Jahren Krieg bestätigt diese Wahrheit.

Die ersten Proteste seit 2022

Es waren Widersprüche, die schon lange bestanden und 2025, trotz andauerndem Krieg, an die Oberfläche brachen. Nachdem die Selenskyj-Regierung unter dem Vorwand des russischen Einflusses versuchte, die beiden Anti-Korruptionsbehörden Nabu und Sap aufzulösen, gingen im Juli diesen Jahres tausende Ukrainer auf die Straßen. Die Protestwelle führte dazu, dass das Gesetz eine Woche später wieder rückgängig gemacht werden musste. Korruption ist ein Dauerthema in der Ukraine und die heutige Regierung nimmt einen großen Teil ihrer Legitimität aus dem Versprechen, für eine demokratischere Ukraine zu stehen. Die beiden Behör-

den, die aufgelöst werden sollten, wurden nach dem Euro-Maidan 2013 gegründet. Die damalige Regierung, die der russischen Oligarchie nahestand, war aus dem EU-Assoziierungsabkommen ausgetreten. Doch die Mitgliedschaft in der EU und die Annäherung an den Westen symbolisierte damals wie heute für viele Ukrainer die Hoffnung auf eine demokratischere, rechtstaatliche Ukraine. Seit jeher ist der Kampf gegen Korruption also ein sensibles Thema und war auch bei Selenskyjs Wahlsieg nicht unerheblich. Auch die breite Unterstützung für den Kurs der Regierung im Krieg ist nicht unabhängig von dieser Hoffnung auf eine andere Ukraine.

Umso brisanter ist natürlich, dass im November diesen Jahres ausgerechnet enge Vertraute und Regierungsbeamte Selenskyjs im Mittelpunkt eines durch die Antikorruptionsbehörden ermittelten Skandals stehen. Es geht um die Bereicherung an Geldern, die zum Schutz des Stromnetzes vorgesehen waren, und zwar in Zeiten, in denen die Ukrainer mit ständigen Stromausfällen zu kämpfen haben. Medien sprechen von einer Bedrohung für die Staatlichkeit in der Ukraine, Selenskyjs Umfragewerte fielen in einigen Statistiken von 60 auf unter 20 Prozent. Die Skandale bringen an die Oberfläche, was vielen Ukrainern ohnehin bewusst ist: Die Ungleichheit, die Bereicherung, die Interessensgegensätze sind auch in Kriegszeiten nicht verschwunden. Dennoch werden sie allzu häufig beiseitegeschoben, um Russland nicht in die Hände zu spielen. So machten auch die Protestierenden im Juli immer wieder klar, dass die Proteste in jedem Fall friedlich bleiben würden: „Es gab einige Leute, die die Amtsenthebung forderten, aber die große Mehrheit sagte: ‚Haltet den Mund, wir untergraben nicht die Legitimität des Präsidenten, sondern der rechtmäßige Präsident hat einen Fehler gemacht‘“, zitiert The Guardian Inna Sovsun, eine Abgeordnete der Oppositionspartei Holos, die an mehreren Protesten teilgenommen hatte.

Es geht um die Bereicherung an Geldern, die zum Schutz des Stromnetz vorgesehen waren – während die Ukrainer mit ständigen Stromausfällen zu kämpfen haben.

Klassenkampf in Kriegszeiten

Es ist dieser Widerspruch, in dem sich auch die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften in der Ukraine seit Kriegsbeginn befinden. Sie würden zwei Kämpfe zugleich austragen, heißt es da häufig. Einerseits wird sich gegen den russischen Angriffskrieg verteidigt, andererseits gegen die sozialen Angriffe der Regierung: Unter Kriegsrecht sind seit 2022 Demonstrationen und Streiks verboten. Arbeitsschutzgesetze wurden und werden eingeschränkt. 2025 wurde das „Haus der Gewerkschaften“, der zentrale Sitz des größten Gewerkschaftsbundes der Ukraine, der FPU (Föderation der Gewerkschaften der Ukraine), in Kiew beschlagnahmt. Der Präsident, Grygoriy Osovyi, wurde verhaftet. Dabei muss klar sein, dass die Angriffe keineswegs erst seit Kriegsausbruch begonnen haben – vielmehr wird der Krieg genutzt, um die Angriffe auf die Arbeiterklasse zu eskalieren und den Widerstand zu brechen. Konkret berichtet Eisenbahner und Gewerkschafter Oleksandr Skyba aus Darnyzja: Die Eisenbahner seien als Arbeiter in der kritischen Infrastruktur teils vom Kriegsdienst ausgenommen. Aktiven Arbeitervertretern wird jedoch „nahegelegt, den Mund zu halten, wenn man nicht an die Front möchte“. Sonst kann es sein, dass die Unternehmensleitung sie auf den Listen der unverzichtbaren Arbeiter, die sie dem Staat übermittelt, in Zukunft „vergisst“.

Obwohl die Angriffe auf die Arbeiterklasse zugenommen haben, seitdem die Ukraine sich mehr am Westen orientiert, stehen viele Gewerkschaften offiziell an der Seite ihrer Regierung im Kampf gegen die russische Invasion. „Das Wichtigste ist, dass wir so bald wie möglich Frieden und Sicherheit herstellen, indem wir die russische Aggression besiegen. Danach wird der demokratische Prozess wieder seinen Lauf nehmen“, sagt Petro Tulei, Co-Vorsitzender

Arbeitervertretern wird jedoch „nahegelegt, den Mund zu halten, wenn man nicht an die Front möchte“. Sonst kann es sein, dass die Unternehmensleitung sie auf den Listen der unverzichtbaren Arbeiter, die sie dem Staat übermittelt, in Zukunft „vergisst“.

des zweiten großen Gewerkschaftsbundes KVPU (Konföderation Freier Gewerkschaften der Ukraine), dem Jacobin-Magazin. In einer Pressemitteilung heißt es zu im Krieg gefallenen Mitgliedern: „Sie gaben ihr Leben, damit wir in einem freien Land leben können“.

Natürlich gibt es auch andere Kräfte, die den Krieg nicht unterstützen – diese sehen sich jedoch dem Vorwurf ausgesetzt, Russland in die Hände zu spielen. Zahlreiche von ihnen mussten das Land verlassen, wurden verfolgt, einige ermordet. Die offenen Stimmen gegen den Krieg sind damit auch in der Gewerkschaftsbewegung und vor allem in den deutschen Medien kaum zu hören. Eine von ihnen, Maxim Goldarb, Vorsitzender der seit Kriegsbeginn verbotenen Partei „Union der Linken Kräfte – Für einen neuen Sozialismus“, richtete sich 2024 in einem offenen Brief aus dem Exil an die „Sozialistische Internationale“ (internationaler Zusammenschluss, in dem unter anderem die SPD vertreten ist). Er listete Fälle von verfolgten und verhafteten Linken in der Ukraine auf und forderte internationale Unterstützung ein – der Brief blieb unbeantwortet. Nicht nur seine, sondern auch 12 andere Parteien wurden 2022

verboten. Unter dem Vorwand der Unterstützung der russischen Invasion wurden Kriegsgegner verschiedenster Lager ins Visier genommen. Es war auch diese Repression, mit der der Burgfrieden aufrechterhalten werden konnte, den so viele ukrainische Arbeiter seit über dreieinhalb Jahren mittragen – trotz riesiger Opfer.

28 Punkte und ein hoher Preis

Auch die neuen Korruptionsskandale bergen das Potential, die Unzufriedenheit in die Höhe zu treiben und den Burgfrieden einen Stoß zu versetzen. Blickt man auf Umfragen in der Ukraine, so zeichnen diese bereits seit Monaten ein durchmisches Bild – auch in Bezug auf den Krieg und sein mögliches Ende. Die Tendenz: Je länger der Krieg andauert, desto mehr Bereitschaft für Verhandlungen und auch die Option von Gebietsverlusten zeichnet sich ab. Immer wieder tauchen Verhandlungslösungen für den Krieg am Horizont auf - und verschwinden dann wieder.

Der zuletzt an die Öffentlichkeit dringende 28-Punkte-Plan der Trump-Regierung soll vorsehen, dass große Teile des östlichen Donbass unter russische Kontrolle geraten, auch diejenigen, die noch unter ukrainischer Kontrolle stehen. Andere Aspekte

sollen die Halbierung der Armee und Russisch als Landessprache sein. Gleichzeitig fordert die EU ein Mitspracherecht über das Kriegsende. Und auch Friedrich Merz steht wieder mit Forderungen an die ukrainische Regierung auf dem Parkett – zuletzt Mitte November, als er Selenskyj aufforderte, die Ausreise junger Ukrainer zu verhindern: „Ich habe ihn gebeten, dafür zu sorgen, dass diese jungen Männer im Land bleiben, weil sie im Land gebraucht werden und nicht in Deutschland. Wir brauchen jeden, der anpacken kann, mithelfen kann bis hin zum Militärdienst in der Ukraine“, so Merz.* Es wird deutlicher als je zuvor, dass die Zukunft der ukrainischen Arbeiterklasse und Jugend überall entschieden wird, aber nicht in Kiew. Ein junger ukrainischer Soldat sagt dem oppositionellen russischen Online-Portal Meduza: „Wenn ich [an der Stelle der Politiker] wäre, hätte ich ehrlich gesagt schon eine Einigung erzielt. Ich möchte einfach nur, dass der Krieg endet.“ Gleichzeitig gesteht er ein: „Es wäre psychologisch schwierig für mich, Putins Bedingungen zu akzeptieren (...) Wir werden sowieso bis zum Ende hier bleiben. Wir müssen kämpfen. Was können wir sonst tun?“ Seine Freundin ergänzt: „So viele Menschen wurden getötet! Mütter werden fragen: ‚Wofür hat mein Sohn gekämpft?‘“

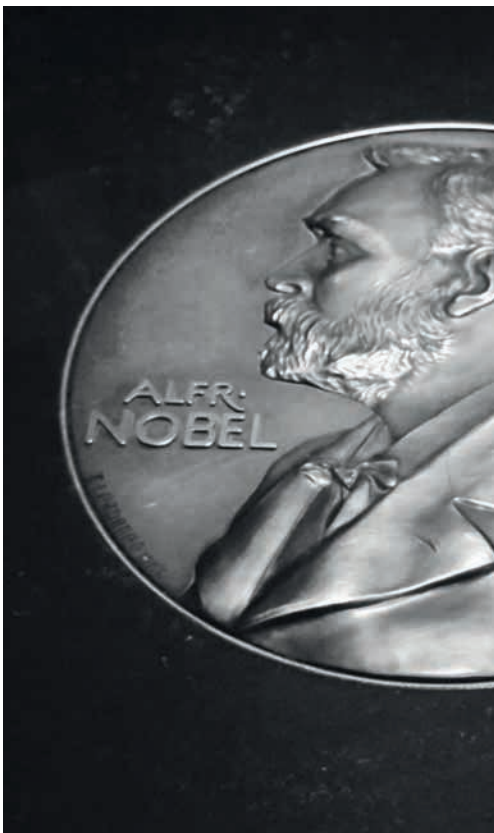
Diejenigen, die seit Kriegsbeginn in der Ukraine Waffenlieferungen zur Selbstverteidigung gefordert und Kriegsgegner mit den Vorwürfen konfrontiert haben, sie würden das Selbstbestimmungsrecht der Ukrainer untergraben, werden sich einige Fragen gefallen lassen müssen: In welchem Szenario hätte eine Arbeiterklasse, deren Lebens- und Arbeitsbedingungen sich rapide verschlechtern, deren Organisationen gezähmt oder zerschlagen wurden, die statt von russisch-orientierter heute von westlich-orientierter Korruption bestohlen

wird, in welchem Szenario hätte diese Arbeiterklasse diesen Krieg gewinnen können? In welchem Szenario hätte eine Arbeiterklasse, über deren Schicksal entweder in Moskau oder Washington und Berlin entschieden wird, diesen Krieg gewinnen können? Und heute, hunderttausende Tote später: In welchem Szenario wäre es das wert gewesen?



Zwar wurde das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der Ukraine 2022 ausgesetzt, seit August 2025 dürfen wehrpflichtige Ukrainer jedoch wieder ausreisen. Seitdem hat sich die Zahl der ankommenden in Deutschland zwischen 18 und 22 verzehnfacht. Die Ausreiselockerung soll es auch ermöglichen, das ausgewiesene Ukrainer wieder zurückkehren und die Ausbildung für junge Ukrainer verbessern, um für die Zeit nach dem Krieg vorbereitet zu sein.

„So viele Menschen wurden getötet! Mütter werden fragen: Wofür hat mein Sohn gekämpft?“



US-Imperialismus

Hände weg von Venezuela

Der massive US-Militäraufmarsch vor Venezuela dient einem angestrebten Regimewechsel aus imperialistischen und ökonomischen Interessen.

Am 13. November erklärte der US-Kriegsminister Pete Hegseth den größten Flottenaufmarsch der US-Marine seit dem Golfkrieg offiziell zur Operation „Southern Spear“ (Speer des Südens). Mit dem Einsatz des größten Flugzeugträgers der Welt, der „USS Gerald R. Ford“ verstärken die USA ihre Militärmacht vor der Küste Venezuelas auf mehr als 12.000 Soldaten. Der Sturz des venezolanischen Präsidenten, auf den die USA 50 Millionen Dollar Kopfgeld ausgesetzt haben, ist das erklärte Ziel der Regierung von Donald Trump.

Regime Change als Ziel

Nach US-Angaben dient der gewaltige militärische Aufmarsch vor allem der Bekämpfung von Rauschgiftsmuggel. Hegseth behauptet, die Mission werde „Narco-Terroristen aus unserer Hemisphäre beseitigen und unser Land vor Drogen schützen“. Bisher sind im Rahmen dieser „Mission“ schon 21 zivile Boote zerstört und über 80 Menschen getötet worden.

Das eigentliche Ziel ist aber, wie schon oben erwähnt, der Sturz der Regierung Maduro, ein so genannter „regime change“, wie ihn der US-Imperialismus schon öfter inszeniert hat, Beispiele: Irak, Libyen, Syrien. Maduro, Nachfolger des legendären Präsidenten Hugo Chávez, hält nämlich zum Verdruss des US-Imperialismus an den Reformen seines Vorgängers fest, darunter vor allem an der Verstaatlichung der Ölindustrie. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe schätzte die Erdölressourcen für 2015 auf 65.320 Millionen Tonnen. Damit nimmt Venezuela einen Spitzenplatz unter den erdöl-fördernden Ländern ein. Auf diese fette Beute sind die US-Ölkonzerne natürlich scharf.

Rückendeckung aus dem Westen

Die Politik der demagogischen Lügen des US-Imperialismus, um Länder und Völker anzugreifen und auszuplündern, ist nicht neu. Man muss sich nur an die Kampagne 2003 gegen den Irak erinnern, die das Regime von Saddam Hussein beschuldigte, chemische und biologische Waffen zu besitzen. Die darauffolgende Militärintervention der USA und Großbritanniens kostete Millionen Tote, Verletzte und Flüchtende. Die Anschuldigungen erwiesen sich als Lü-

gen. Dennoch werden diese Aussagen von Politik und Medien in Europa größtenteils unkritisch übernommen und die Aggression der USA nicht als das benannt, was sie ist: Ein Angriff aus imperialistischen Interessen. In dieses Bild der Rückendeckung aus anderen westlichen Ländern reiht sich auch der diesjährige Nobelpreis an Maria Machado ein. Diese Angehörige der venezolanischen Bourgeoisie war sich dabei in der Vergangenheit nicht zu schade, eine US-Intervention gegen Venezuela ins Spiel zu bringen. 2019 forderte sie massiven Druck von außen, denn nur die Drohung einer Intervention würde Staatschef Maduro davon „überzeugen“, die Macht abzugeben. Machado widmete den Preis, wie sie über die sozialen Netzwerke sogleich verlauten ließ, Donald Trump und dem „leidenden venezolanischen Volk“. Nominiert wurde sie für den Preis unter anderem durch den heutigen Trump-Außenminister Marco Rubio.

Die Drohungen mit einem militärischem Angriff gegen das venezolanische Volk geschehen im Kontext einer schweren Krise der von der Bourgeoisie nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführten Weltordnung. In diesem Rahmen verstärken sich die Rivalitäten zwischen den imperialistischen Mächten. Das widerspiegelt sich in der Karibik.

Ein Angriff auf Venezuela könnte zu einer größeren Eskalation in der Region führen, speziell im Hinblick auf die feindliche Haltung der USA gegenüber der Regierung Kolumbiens, die drohende Besetzung Haitis unter dem Schutzschirm der UNO und die Eröffnung neuer Militärbasen.

US-Navy – raus aus der Karibik!

Solidarität mit dem venezolanischen Volk!

Wir brauchen eine Kampfansage an die Tarifgemeinschaft deutscher Länder!

Forderungen für Tarifrunde der Länder stehen fest – jetzt braucht es Druck!

Die aktuellen Forderungen der Ver.di-Tarifkommission markieren einen längst überfälligen Versuch, die systematischen Reallohnverluste im Landesdienst zu stoppen. Aus Perspektive der Beschäftigten der Länder sind sie vernünftig, notwendig – und nur durch massiven kollektiven Druck durchsetzbar.

Lohnerhöhungen als Reaktion auf reale Entwertung der Arbeit

Die Forderung „7 % oder mindestens 300 Euro“ drückt keine Radikalität aus, sondern widerspiegelt die objektive Lage: jahrelange Lohnzurückhaltung, steigende Lebenshaltungskosten und eine politisch gewollte Verschiebung der Krisenlasten auf Beschäftigte. Die beiden letzten Abschlüsse waren von der Gewerkschaft überwiegend mit Einmalzahlungen ohne tarifliche Auswirkung abgewunken worden.

Realistisch betrachtet sind diese Forderungen der Versuch, verlorene Kaufkraft teilweise zurückzuholen, nicht ein „Angriff“ auf die öffentlichen Haushalte, wie Arbeitgeber immer wieder anführen. Die Mindestsumme von 300 Euro stärkt gezielt die unteren Entgeltgruppen – ein klarer Schritt gegen die zunehmende soziale Spaltung innerhalb des öffentlichen Dienstes.

Verbesserte Zuschläge und Nachwuchskonditionen

Die geforderte Erhöhung der Zeitzuschläge sowie mehr Geld und sichere Perspektiven für Auszubildende greifen zentrale Schwachstellen an: chronische Überlastung, Nachwuchsmangel und gesundheitliche Belastung. Diese Maßnahmen schaffen die Ausbeutung der Arbeitskraft im sozialen und öffentlichen Sektor nicht ab, sind aber notwendige Forderungen, um eine strukturelle Ausbeutung zu mindern, die sich besonders bei Schicht- und Wochenendarbeit zeigt.

Der politische Charakter der TdL-Argumentation

Derzeit sind 15 der 16 deutschen Bundesländer Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Das Land Hessen gehört der TdL seit dem Jahr 2004 nicht mehr an. Die TdL argumentiert mit einer Haushaltslogik, die Löhne als Kostenfaktor behandelt, nicht als Anerkennung gesellschaftlich notwendiger Arbeit. Die oft vorgebrachten „leeren Kassen“ sind politisch gesetzt – während Milliarden für andere Bereiche problemlos locker gemacht werden können.

Damit wird deutlich: Ohne Druck wird die TdL freiwillig keinen Millimeter nachgeben.

Die entscheidende Rolle des Arbeitskampfes

Die Stärke der Beschäftigten liegt nicht im moralischen Appell, sondern in ihrer Macht, die auf getaner Arbeit beruht. 2,5 Millionen Menschen in Schulen, Verwaltungen, Hochschulen und Kliniken können den gesellschaftlichen Alltag spürbar beeinflussen und das Leben anhalten, wenn sie möchten. Tarifpolitik ist Klassenkampf – im öffentlichen Dienst genau wie in der Privatwirtschaft.

Ob Forderungen erreicht werden, hängt nicht von der Überzeugungskraft am Verhandlungstisch ab, sondern von organisierter, sichtbarer Streikbereitschaft.

Eine notwendige Verschiebung von Defensive zu Offensive

Die Tarifrunde 2025 steht nach Jahren des Stillstands für Reallöhne anzuheben, die Ost-West-Ungleichheiten endlich zu beenden und Arbeitsbedingungen für Angestellte, Azubis und studentische Hilfskräfte real zu verbessern. Das ist ein Minimum dessen, was nötig ist, um den öffentlichen Dienst vor weiterer Erosion zu schützen – und die Selbstbehauptung der Beschäftigten gegenüber einer Politik der Sparsamkeit auf ihrem Rücken zu ermöglichen.



Was für Betriebsräte braucht es heute?

Im kommenden Jahr zwischen März und Mai 2026 finden die Betriebsratswahlen statt.

Mit den Betriebsratsgremien wählen die Beschäftigten ihre Interessenvertretungen im Betrieb. Die Betriebsräte werden für vier Jahre gewählt. In den kommenden Wochen werden in der Regel gewerkschaftliche Strukturen wie Vertrauensleute oder Betriebsgruppen zusammenkommen, um Weichen zu stellen, ob die Wahlen als Persönlichkeitswahlen oder Listenwahlen durchgeführt werden. Wenn diese Entscheidung gefallen ist, ist dann gemeinsam zu entscheiden, welche Kolleginnen und Kollegen als Kandidaten infrage kommen. Wenn eine Listenwahl unausweichlich ist, weil eben auch schon andere Listen bestehen oder gegründet werden, so ist dann auch über die Listenplätze zu beraten und entscheiden.

Wir sind die Gewerkschaft

Bei der Aufstellung der Liste ist es natürlich wichtig, die Einheit der Gewerkschaft zu verteidigen. Jedoch nicht um jeden Preis. Wenn die offizielle Gewerkschaftsliste beispielsweise die Interessen der Beschäftigten vollkommen aufgibt, dann gibt es auch keine Einheit mit diesen „Gewerkschaftern“ zu verteidigen. Denn die Gewerkschaft sind nicht irgendwelche Funktionäre, die sich bestechen und kaufen lassen, sondern wir sind die Gewerkschaft. Und wenn es notwendig ist, dann erstellt man eben auch eine eigene gewerkschaftliche, kämpferische Liste zur Wahl auf.

Heute braucht es kämpferische Betriebsräte

Immer härter und aufdringlicher fordern Arbeitgeberverbände, Bundesregierung und Wirtschaftsinstitute aggressive Angriffe auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Aus diesem Grund sind Themen wie die Aufweichung des 8-Stunden-Tages oder der Sozialstaat auf der Tagesordnung. Wer heute die Diskussionen um die Rente mitbekommt, könnte glauben, dass es tatsächlich einen Konflikt zwischen jung und alt gibt. Doch der einzige Konflikt bei diesem Thema ist zwischen oben und unten.

Sie versuchen gleichzeitig ihre Profite auf Kosten der Beschäftigten immer weiter in die Höhe zu treiben. Dafür wird Deutschland heute auch hochgerüstet. Das 100 Milliarden Sondervermögen und die immer neuen Ziele in der Aufrüstung dienen dem deutschen Kapital, indem es seine Ziele dadurch auch international, zur Not mit Krieg, durchsetzen kann. Immer mehr deutsche Konzerne steigen in das Geschäft des Kriegs ein. Auch hier braucht es standhafte, kämpferische Betriebsräte, die versuchen beispielsweise den Umstieg auf Rüstungsproduktion zu verhindern.

Verzicht im Namen der Jobsicherheit?

Mit der so genannten Standortpolitik versucht man, die Beschäftigten für die Interessen der Unternehmen zu gewinnen und weite Zugeständnisse von Seiten der Beschäftigten einzufordern. Während an vielen Stellen mit Sozialtarifverträgen und Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung im Namen der Jobsicherheit zu Verzicht aufgerufen wird, können die Unternehmen mit Differenzierungsklauseln einfach solche Abmachungen verlassen. Das heißt, viele Beschäftigte verzichten zuerst auf Lohn, um zunächst ihre Arbeitsplätze zu behalten, um dann am Ende doch vor das Werkstor gesetzt zu werden. Die Aufgabe von Gewerkschaften wäre es eigentlich, dafür zu sorgen, dass es auch für die Unternehmen solche Schlupflöcher nicht gibt. Denn seien wir ehrlich: Haben wir als Beschäftigte etwa die Chance, mitten in der Friedenspflicht zu sagen: „Die Inflation ist zu hoch und frisst unsere Löhne auf. Wir kündigen die Verträge und wollen jetzt auf der Stelle wieder über unsere Löhne verhandeln.“? Heute ganz sicher nicht. Also warum sollten die Unternehmen das tun können?

Betriebsräte mit Haltung im Interesse der Belegschaften

Zahlreiche Betriebsräte machen sich gemein mit den Zielen der Unternehmen. Einige behaupten sogar, sie seien die besseren Manager. Teilweise sehen wir wie Betriebs-

räte bestochen werden und Privilegien erhalten und auch dementsprechend ihrer Arbeit nachgehen - nämlich im Interesse der Unternehmen. Genau diese Haltung der Betriebsräte bietet den Nährboden für den Aufstieg rechter, „oppositioneller“ Betriebsratslisten und „Gewerkschaften“.

Rechte Listen - Ergebnis von Frust und Sorgen

In vielen Bereichen sehen wir heute das Erstarken von rechten, nationalistischen und vermeintlich oppositionellen Listen. Ob es nun die Christliche Metallgewerkschaft bei Opel ist oder Zentrum Automobil, in den großen Industriekonzerne tauchen an immer mehr Orten solche Listen auf. Nun kann man darauf reagieren wie eben die Gewerkschaften reagieren. Nämlich die Listen abtun und oberflächlich bekämpfen, indem man entlarvt welche Strukturen hinter ihnen stehen. Beim „Zentrum“ beispielsweise sind es vor allem rechte Parteien wie die AfD, die eben durch die Betriebsratswahlen auch im Betrieb Einfluss nehmen wollen. Doch so eine „Bekämpfung“ dringt nicht zum Kern der Sache vor und bleibt in vielen Fällen bei plumpen Anti-Rechts-Parolen und oberflächlichen Anfeindungen stehen. Allerdings sind viele Kolleginnen und Kollegen frustriert und machen sich Sorgen um ihre Arbeitsplätze. Diese Kollegen dann pauschal als Rechte zu verurteilen, ist zu einfach und trifft in vielen Fällen auch nicht zu. Woran es dringend fehlt, sind Antworten von kämpferischen Betriebsräten und Gewerkschaften. Denn nicht selten ist der unternehmensfreundliche oder karrieristische Kurs der bisherigen Betriebsräte und die sozialpartnerschaftliche Haltung der Gewerkschaft dafür verantwortlich, dass große Teile der Belegschaften unzufrieden sind und auf der Suche nach Alternativen in die Fänge dieser vermeintlich oppositionellen Listen geraten. Die Frage nach sicheren Arbeitsplätzen beispielsweise, kann nur als zusammenstehende Belegschaft erkämpft werden, nicht durch das hundertste „Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort Deutschland“ oder lose Vereinbarungen, die von Unternehmensseite im Handumdrehen ausgesetzt werden. Gleichzeitig braucht es,

wenn notwendig, offene Kritik an der versöhnlichen Haltung der Gewerkschaften und ihrer Politik. Denn das Antreten von rechten, nationalistischen und gewerkschaftsfeindlichen Listen, darf nicht dazu führen, dass kämpferische Kolleginnen und Kollegen plötzlich bedingungslos die bisherige Gewerkschaftspolitik, Betriebsratsarbeit und ihre Ergebnisse verteidigen.

Doch natürlich ist es auch notwendig, den Inhalt dieser rechten Listen zu enttarnen. Denn in Worten tun sie so, als würden sie an der Seite des „kleinen Mannes“ stehen. Doch wer sich beispielsweise das Programm der AfD gegenüber den Forderungen von verschiedenen Unternehmensverbänden anschaut, der wird nur wenige Unterschiede feststellen können. Genauso verhält es sich bei „Zentrum“, dessen Vertreter durch im Sinne der „Deutschen Nation“ die Einheit zwischem Beschäftigten und Unternehmen beschwören. Dabei unterscheiden sie sich wenn überhaupt durch eine aggressivere Wortwahl von der Stim-

mungsmache der Bundesregierung. Das bedeutet auch: Rechte Listen vertreten die Interessen der Unternehmen und dienen ihnen als Agenten und Sprachrohr in die Belegschaft hinein. Außerdem schwächt die Spaltung entlang von Religion, Herkunft und Nationalität - die oft Bestandteil der Politik dieser rechten Listen ist - den gemeinsamen Kampf der Belegschaft für gute Lebens- und Arbeitsbedingungen und ist in direktem Interesse der Unternehmen.

Wen sollen wir wählen? Sollen wir uns selber aufstellen?

In den Betrieben braucht es heute eine ehrliche und breite Auseinandersetzung über die Frage, wer sich zur Betriebsratswahl aufstellen sollte. Denn viel zu schnell und häufig verlieren sich auch Kolleginnen und Kollegen mit einem ehrlichen Anspruch in der bürokratischen Welt der Betriebsratsarbeit oder lassen sich von der Gegenseite und internen Machtspielen beeinflus-

sen. Aus diesem Grund sollte man genau abwägen, ob man diesen Schritt geht oder nicht. Denn auch wenn die gewerkschaftlichen Gremien in den Betrieben häufig nicht sehr stark oder aktiv sind, ist der Betriebsrat nicht die einzige Möglichkeit sich im Betrieb zu engagieren und sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen einzusetzen. Trotzdem bleibt er ein wichtiges Instrument der Belegschaft, auf das sie ein wachsames Auge haben sollte - nicht nur in den letzten Monaten vor den Wahlen. Bei einer Persönlichkeitswahl sollten wir die Kolleginnen und Kollegen wählen, denen wir vertrauen, dass sie das Interesse der Beschäftigten ehrlich und transparent durchsetzen, nicht alleine, sondern gemeinsam mit den Beschäftigten. Auf der anderen Seite sollten diejenigen Betriebsräte entlarvt werden, die das Interesse der Belegschaft verkauft oder gegen Privilegien ausgetauscht haben und die heute in Wahrheit die Agenda der Geschäftsleitung verfolgen.

Bremerhaven

Kaiserhafen wird NATO-Hub

Der Kaiserhafen in Bremerhaven soll mit 1,35 Milliarden Euro bis 2031 zum neuen NATO-Logistikzentrum ausgebaut werden um darüber in Zukunft im großen Stil Truppen und Rüstungsgüter durch Europa zu transportieren. Geplant ist Kräne, Flächen und Kaianlagen so auszubauen, dass sie schwerere Lasten tragen können, mit dem Ziel große Mengen an Rüstungsgütern in kürzester Zeit zu bewegen. Auch Drohnenabwehrsysteme und digitale Überwachungs- und Cybersicherheitsstrukturen sollen gebaut werden. Die konkreten Rahmenbedingungen und Maßnahmen werden in den nächsten Wochen zwischen Land, Bundeswehr und Verteidigungsministerium ausgehandelt. Die Bremer Senatorin für Wirtschaft, Häfen und



Transformation, Kristina Vogt von der Linken betonte, dass jahrelange Bemühungen um Bundesmittel sich nun auszahlen würden und begrüßt diese Aufrüstung. Auch der hafenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion in Bremerhaven, Nils Bothen, sieht darin eine zukunftssichernde Maßnahme für den Standort.

Aber welche Sicherheit des Standorts soll hier gesichert werden? Die Armutsquote in Bremerhaven liegt bei 33% und ist maßgeblich dafür, dass Bremen das ärmste Bundesland ist. Der Stadtteil

Bremerhaven-Lehe gilt als ärmster Stadtteil und ist bekannt für seine hohe Kriminalitätsrate und Arbeitslosigkeit und auch die Kinderarmut liegt mit 40% deutschlandweit ganz vorne. Von Sicherheit für die Arbeiterklasse kann also nicht die Rede sein, denn dazu bräuchte es Haushaltsgelder für Infrastruktur, soziale Angebote und Bildung. Wie wir am Sparkurs der Merz-Regierung und

der Agenda 2030 sehen können, setzt die Politik immer stärker auf den Sozialabbau um die Aufrüstung Deutschlands zu finanzieren. Und mit diesem Milliardenpaket wird der Kaiserhafen auch nicht das erste mal in der Geschichte zu einem Militärhafen aufgerüstet. Im zweiten Weltkrieg war er ein zentraler Stützpunkt für die deutsche Kriegsmarine und wurde deshalb auch

zum Ziel von schweren Bombenangriffen durch die Alliierten. Auch im Kalten Krieg war der Standort ein wichtiges NATO-Drehkreuz und bis heute werden dort große Transporte für die US-Armee abgewickelt. Für die Bremerhavener bedeutet dieses Projekt also nicht nur, dass ihre ohnehin schon prekäre Situation sich mit den massiven Sparmaßnahmen weiter verschlechtern wird sondern auch, dass sie im Kriegsfall zu einem direkten Angriffsziel werden.



GEGEN KAHLSCHLAG HILFT NUR KAMPF

Bei Bosch sollen 13.000 weitere Kolleginnen und Kollegen ihren Arbeitsplatz verlieren, nachdem es in den Jahren zuvor schon zigtausend Mal Arbeitsplatzvernichtung gegeben hat.

Schon zwischen 2020 und 2023 wurden tausende Arbeitsplätze abgebaut. Im Juli 2023 gab es zwischen Betriebsrat, IG Metall und Konzernführung einen „Zukunftsvertrag“, nach dem es bis 2027 keine Entlassungen aus betrieblichen Gründen geben sollte. Doch schon ein Jahr später 2024 wurden weltweit 11.600 Arbeitsplätze vernichtet, davon 4.500 in Deutschland. Mit Abfindungen wurde der Widerstand gelähmt. Im Laufe des Jahres 2024 wurden angekündigt, weitere 9.000 Arbeitsplätze zu streichen. Ende September 2025 folgte die Ankündigung, noch einmal 13.000 Arbeitsplätze abzubauen.

Der „Zukunftsvertrag“ verhindert nicht die Arbeitsplatzvernichtung. Er hat aber den Widerstand für einige Zeit gelähmt. Auch jetzt soll die Realität vernebelt werden. Der Geschäftsführer und Arbeitsdirektor von Robert Bosch, Stefan Grosch, erklärte, dass „wir uns an die Vereinbarungen mit den Arbeitnehmern halten werden“. „Wir werden gemeinsam mit den Mitarbeitern nach sozialen Lösungen suchen“. Wahrscheinlich meint er die Methode „Abfindungen“ mit entsprechendem Druck nach dem Motto „Friss Vogel oder stirb!“ Und falls die Kolleginnen und Kollegen nicht willens sind, mit einer Abfindung zu gehen, droht er, dass es nach 2027 Entlassungen ohne Sozialplan geben könnte.

Gewinne gesunken?

Bosch will seine Gewinnmarge auf mindestens 7% steigern. Die Konzernleitung behauptet „Verluste“ zu machen. Bosch erklärte zum Geschäftsjahr 2024, der Bruttogewinn sei um 50% gesunken. Der Nettogewinn liege „nur noch“ bei 1,3 Mrd. €. Das hört sich dramatisch an. Doch schaut man in die Bilanz von 2024 (S.89 und 92) dann sieht man, dass die Ausgaben für Forschung und Entwicklung um 500 Mrd. € und die Rücklagen um 1,73 Mrd. € aufgestockt wurden. Faktisch ist der Gewinn stabil und gestiegen, doch er wurde in den Rücklagen versteckt. Mit Bilanztricks sollen die Kolleginnen und Kollegen zu Tränen gerührt ihren Arbeitsplatz für Bosch opfern, so ihr Plan.

Gleichzeitig will Bosch den Profit weiter steigern. Das bedeutet, es wird nicht bei den insgesamt 22.000 Arbeitsplätzen bleiben, die nun vernichtet werden. Denn für die verbleibenden Kolleginnen und Kollegen wird sich der Arbeitsdruck erhöhen, immer mit dem Verweis auf die „böse Konkurrenz“ oder die schlechte internationale Situation. Also noch mehr Flexibilisierung, Kürzung von Zulagen, Überstunden, Intensivierung usw.

Widerstand, aber richtig!

Frank Sell, sagte: „Wir sind alle schockiert.“ In einem Interview mit dem Fernsehsender SWR erklärte Sell, dass sie von den Plänen nichts gewusst hätten und alle Arbeitnehmer fassungslos seien. Er ist Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Robert Bosch GmbH, Vorsitzender des Betriebsrats (BR) des Werks Stuttgart Feuerbach, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats (GBR) der Bosch-Gruppe Mobility Solutions und stellvertretender Vorsitzender des Konzernbetriebsrats (KBR) der Robert Bosch GmbH. Sell ist außerdem Mitglied des Vorstands der IG Metall Stuttgart. Wie kann er da von „nichts“ gewusst haben? Im Aufsichtsrat, dessen stellvertretender Vorsitzender er ist, werden solche Pläne beschlossen.

IG Metall-Vorsitzende Christiane Benner erklärte: „Robert Bosch würde im Grab rotieren.“ Benner, meinte, „dass Bosch eine andere Tradition habe“ und forderte die Bosch-Geschäftsführung auf, „Vernunft walten zu lassen“.

Vernunft? Ja im Sinne des Profites lässt die Geschäftsleitung „Vernunft“ walten. Der Profit muss für die Kapitaleigner maximiert werden. Die Vernunft der Kolleginnen und Kollegen steht dem gegenüber: Sie wollen

Arbeitsplätze und Sicherheit für ihre Familien. Das Märchen, dass Arbeiterklasse und Kapital dieselben Interessen haben, wenn man nur „Vernunft“ walten lässt, ist doch seit Jahren geplatzt. „Zukunftsverträge“ verhindern nicht die massive Vernichtung von Arbeitsplätzen. Und sie werden gebrochen, wenn es die Profitinteressen erfordern. Weltweit greift Bosch die Beschäftigten an. Bei Bosch Vendôme in Frankreich haben die Arbeiterinnen und Arbeiter zusammen mit dem Gewerkschaftsverbund „Intersyndicale“ auf die Pläne von Bosch im September und erneut Anfang Oktober mit Vollstreik geantwortet. Bis zu 95% nahmen an den Streikaktionen teil. Am Ende sah sich Bosch gezwungen, einem Vertrag zu-

zustimmen, der Bosch viele Millionen Euro kostet. Anfang Dezember soll der Kampf um Arbeitsplätze weitergehen.

Statt dem Weg der Sozialpartnerschaft sollte Kampf und Streik gewählt werden. Offensichtlich versteht das Kapital diese Sprache besser als Appelle an die „Vernunft“, wie das erfolgreiche Beispiel aus Frankreich zeigt.

Der Aktionstag der IG Metall am 24.11. in Waiblingen gegen die dortige Werksschließung ist ein wichtiger Anfang, aber es ist eben ein Anfang und nicht das Ende. Im Gegenteil! Die Mobilisierung muss fortgesetzt und ausgeweitet werden – bis hin zum Streik!

Wichtig ist:

Die Einbeziehung aller Standorte. Gemeinsam kämpft es sich besser und die Kraft ist größer!

Kampf über die Grenzen hinweg, Solidarität weltweit. Wenn wir uns gegeneinander ausspielen lassen, schwächt uns das.

Statt Standortdenken und Sozialpartnerschaft brauchen wir Einheit für einen starken Kampf!

Statt auf billige Parolen und Hoffnungen zu setzen, sollten wir auf unsere kollektive Kraft vertrauen!

Die Arbeiterinnen und Arbeiter von Bosch Vendôme haben einen Sieg eingefahren

Die Arbeiterinnen und Arbeiter des Werks in Vendôme (Departement in Zentralfrankreich) traten am 25. September in einen ersten unbefristeten Streik.

Um das Unternehmen Bosch zu Verhandlungen zu zwingen, hatte es bereits im Vorfeld zahlreiche Arbeitsniederlegungen gegeben. Die starke Beteiligung von 90% der Beschäftigten überraschte die Unternehmensleitung, die nicht damit gerechnet hatte. Schon am zweiten Streiktag knickte diese ein und schlug vor, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Arbeit wieder aufnehmen. Im Gegenzug sagte Bosch der Bezahlung der Streiktage zu sowie den Verzicht auf strafrechtliche Konsequenzen für die Streikenden, die den Versand der Fertigwaren blockiert hatten.

Der multinationale Konzern erklärte sich jedoch nur unter der Bedingung bereit, diese Forderungen einzuhalten, dass sich die Gewerkschaften verpflichteten, den Konflikt zu beenden und auf eine Wiederaufnahme des Streiks zu verzichten. Nach Rücksprache mit den Beschäftigten erklärte sich die von der CGT angeführte „Intersyndicale“ bereit, die Vereinbarung zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zu unterzeichnen. Gestärkt durch die Rückkehr der Arbeitskräfte und die durch die Vereinbarung geschwächte Schlagkraft der Gewerkschaften erlaubte sich der Konzern jedoch lediglich, eine Verlängerung der letzten „Rupture Conventionnelle Collective“ (RCC) bis 2030 durchzusetzen. Konkret bedeutet dies die Beibehaltung der Krankenversicherung, der Vorsorge und des Home-Office, aber keinerlei Zusage zur Beibehaltung der Tarifverträge. Für das Unternehmen ist es ein zentrales Ziel, diese Ver-

einbarungen zu kippen, um den Standort verkaufen zu können.

Angesichts der Unnachgiebigkeit der Unternehmensleitung beschlossen die Arbeiter und die „Intersyndicale“ die Wiederaufnahmen des Generalstreiks und der Streikposten. Am Donnerstag, dem 2. Oktober, und Freitag, dem 3. Oktober, legten 95 % der Beschäftigten die Arbeit nieder und erklärten sich bereit, den Streik fortzusetzen, bis der multinationale Konzern nachgibt. Der Streik motivierte Kolleginnen und Kollegen anderer Branchen zu einer unterstützenden Demonstration. Die Solidarität wuchs und eine Streikkasse wurde eingerichtet.



Anstatt der Illusion eines neuen „Industrieprojekts“ nachzujagen, um Bosch Vendôme zu halten, haben die Arbeiter ihren Kampf unter einheitlichen Parolen organisiert: „Bosch muss für die bevorstehenden sozialen Folgen aufkommen“ und „Morgen wird es an der Tagesordnung sein, für unsere Interessen gegen den neuen Eigentümer zu kämpfen!“

Angesichts der Entschlossenheit der Beschäftigten bot Bosch am 6. Oktober an, die Vereinbarung zur „Arbeitszeitgestaltung“

für 36 Monate beizubehalten. Dies war ein erster Fortschritt, der jedoch die Fortsetzung des Streiks nicht stoppte.

Am 7. Oktober bot die Geschäftsleitung eine Prämie von 5.000 Euro pro Beschäftigten ohne Bedingungen an und verpflichtete sich, den Standort vor der für März 2026 geplanten Veräußerung nicht zu schließen. Auf der Grundlage dieser Fortschritte wurde noch am selben Tag eine Urabstimmung durchgeführt, die die vom Unternehmen gemachten und durch den Streik erzwungenen Vorschläge bestätigte.

Die Beschäftigten von Bosch haben sich die Beibehaltung ihrer bis Dezember 2030 garantierten Tarifverträge gesichert. Sie haben von Bosch bis Februar 2029 eine Garantie für Abfindungen im Falle einer Entlassung erhalten (d. h. übergesetzliche Abfindungen von durchschnittlich 40.000 bis 60.000 Euro pro Arbeiter). Im Fall eines Sozialplans die im Rahmen der letzten RCC ausgehandelten Vorruhestandsregelungen und die Beibehaltung aller tariflichen Prämien (300 bis 600 Euro pro Person). Zwischen der Bezahlung der Streiktage, den Produktionsausfällen und der Sicherung dieser Vereinbarungen beläuft sich der Preis für Bosch auf mehrere Millionen Euro.

Gestärkt durch diesen gemeinsamen und erfolgreichen Kampf sind die Beschäftigten von Bosch bereit, am 2. Dezember den Kampf gegen den Mega-Sparhaushalt und für ihre Löhne erneuert aufzunehmen.

Korrespondenz in La Forge, Zeitung der PCOF (November 2025)

THEORIE & PRAXIS

Was ist Theorie & Praxis?

Die Plattform „Theorie & Praxis“ will einen Beitrag dazu leisten, den Klassenkampf in Deutschland auf politisch-theoretischer Ebene zu stärken und voranzubringen. Während die Angriffe des Kapitals auf die Arbeiterklasse zunehmen, fehlt unserer Klasse eine eigene Partei, die Kämpfe organisiert und mit dem Ziel der sozialistischen Revolution verbindet. Für den Aufbau unserer Kraft braucht es eine Theorie, die die Aufgaben unserer Zeit richtig einordnet und den Weg zu ihrer Lösung aufzeigt. Wir wollen den Klassenkampf auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus gemeinsam mit allen ehrlichen Kräften vorantreiben.

Auf Theorie & Praxis werden Beiträge der Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen (IKMLPO), der Theoriezeitschrift „teoriye eylem“ (Türkei) und der Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (Arbeit Zukunft, Mitglied der IKMLPO) sowie historische Dokumente der Kommunistischen Bewegung in Deutschland und international veröffentlicht.

Letzte Artikel

Aufrüstung und Kriegsvorbereitung

Eine starke Friedensbewegung ist notwendig

Die Enttäuschung organisieren?

Der moderne deutsche Sozialreformismus, vor allem verkörpert durch die Partei „Die Linke“, weckt Hoffnungen die er nicht erfüllen kann.

Die Bedeutung von Teilforderungen für die revolutionäre Aktion der Kommunisten

Teilkämpfe müssen systematisch in den revolutionären Klassenkampf überführt werden.

**Hier gehts
zur Website**



Impressum

Herausgeber

Organisation für den Aufbau einer
Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

V.i.S.d.P.: D. Möller

Verlag AZ, Postfach 401051, 70410 Stuttgart

www.arbeitzukunft.de

webmaster@arbeit-zukunft.de

Tel: 07159 4200174

Bankverbindung

Verlag AZ, Postbank Stuttgart

IBAN: DE50 6001 0070 0401 6127 03

BIC: PBNKDE33

Schickt uns eure Berichte!

Wir veröffentlichen auch Leserbriefe und Berichte aus Betrieb, Schule, Uni, Alltag und Nachbarschaft.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der
20. Dezember.

Jetzt Arbeit Zukunft abonnieren!

Das Abo beinhaltet elf Ausgaben im Jahr.

Solidaritätsabo: 60€ im Jahr

Normales Abo: 40€ im Jahr

Einfach eine Mail an abos@arbeit-zukunft.de oder den QR-Code scannen

